Nr. 120. Halle a. S., Sonntag den 26. Mai 1907. 18. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1.80 Mk. frankiert, frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.66 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleſaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig. Für auswärtige Inserenten 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig. Inserate für die folgende Nummer müssen spätestens bis vor mittags halb 10 Uhr der Expedition aufgegeben sein. Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Der klagende Hänge-Peters.

Seit einigen Jahren sind Freunde des einstigen deutschen Reichskommissars Peters eifrig bemüht, denselben reinzuwaschen. Es war ein langes und häßliches Sündenregister, das ihm aus seiner reichskommissarischen Tätigkeit in Ostafrika nachfolgte. Als nun Peters vor einigen Monaten durchgesetzt hatte, daß ein literarischer Verein in München ihn zu einem Vortrag einlud, rollte unser dortiges Parteiblatt, die Münchener Post, sein Sündenregister wieder auf, um der Oeffentlichkeit zu zeigen, wer und wie der Hänge-Peters ist. Selbst wenn den klimatischen Einflüssen der Tropen ein sehr weitgehender und nachteiliger Einfluß auf Gemüt und Charakter der dort weilenden Europäer eingeräumt wird, blieb trotzdem noch viel Schlimmes an Peters haften. Peters klagte wegen des Artikels gegen die Münchener Post. Am 27. Juni soll vor dem Schöffengericht die Verhandlung stattfinden. Unser Münchener Parteiorgan teilt nun über die bisherigen Stadien des Verfahrens recht interessante Details mit. Es schreibt:

„Das Verfahren hat sich bis jetzt in mehr als einer Hinsicht merkwürdig gestaltet. Das Auswärtige Amt hat mit Rücksicht auf das Wohl des Reiches unter Berufung auf § 96 der R.-St.-P.-O. die Herausgabe der Disziplinarakten verweigert, dagegen bei dem Gericht angeregt, es möge Dr. Peters die Vorlage der ergangenen Urteile anheimgeben. Dr. Peters aber weigerte sich diese Urteile herauszugeben, in denen neben manchem anderen rechtskräftig festgestellt ist, daß er sich des seines Amtes erforderlichen Ansehens unwürdig gemacht habe. Dagegen hat Peters einen seiner damaligen Verteidiger, den R.-A. Dr. Scharlach aus Hamburg, kommissarisch als Zeugen vernehmen lassen, der u. a. behauptet, daß sowohl der vormal. Kolonialdirektor Dr. Kayser, wie auch der Reichskanzler und der Kaiser selbst die dem Dr. Peters zur Last gelegten Handlungen zu einer Zeit gekannt hätten, als er noch Ordensdekorationen entgegengenommen habe und aufgemuntert worden sei, in der Erfüllung seiner Pflichten fortzufahren wie bisher. Da überdies der Kaiser später den Verurteilten begnadigt habe, so sei damit wohl der beste Beweis dafür geliefert, daß die Feststellungen der Disziplinarurteile und ihre Begründung an den höchsten Stellen für falsch gehalten würden.

Der Verteidiger des Beklagten, Rechtsanwalt Dr. Bernheim, antwortete darauf mit dem Antrage, die Vernehmung des Kaisers darüber anzuordnen, daß die Behauptung des Dr. Peters, der Kaiser habe in Kenntnis der Petersschen Verbrechen ihm noch Auszeichnungen verliehen, unwahr sei, daß ferner die teilweise Begnadigung des Dr. Peters keineswegs eine Berichtigung der Disziplinarurteile sein sollte, sondern daß sie lediglich ein Ausfluß politischer Erwägungen war, daß endlich der Kaiser in ungwiedertiger Weise zu erkennen gegeben habe, von einer Wiederverleihung eines Reichsamtes an Dr. Peters, diesen . . . könne nun und nimmermehr die Rede sein.

Das Gericht hat diesen Beweisantrag abgelehnt, weil er „zur Aufklärung des Sachverhalts nicht dienlich" sei. Man wird darüber anderer Meinung sein dürfen. An sich macht die Verpflichtung, in einem Prozesse erhebliche Tatsachen zu bekunden, auch vor der Person des Kaisers nicht Halt; nur daß die Bundesfürsten das Privileg haben, statt im Termin zu erscheinen, sich in ihrer Wohnung vernehmen zu lassen und daß sie den Eid nicht nachzusprechen brauchen, sondern ihn durch Unterschreiben der Eidesformel leisten.

Nachdem das Gericht Beweise über die oben bezeichneten, mit der Person des Kaisers zusammenhängenden Tatsachen durch Ladung der Abgeordneten Arendt und Karbortf zugelassen hat, setzt es sich durch die Begründung des die Vernehmung des Kaisers ablehnenden Beschlusses offensichtlich in Widerspruch mit sich selbst. Und es darf mit Fug und Recht bezweifelt werden, ob es damit im Sinne des Reichsoberhauptes, als obersten Hüters der Gesetze, gehandelt hat. Man mag über Wilhelm II. denken wie man will, in der Erfüllung dessen, was er für seine Pflicht hält, zeigt er einen Eifer, den auch politische Gegner anerkennen. Das Gericht hätte daher, nachdem es Beweiserhebungen über die einschlägigen Fragen nicht von vornherein als unbehilflich abgelehnt hat, konsequenterweise auch die Vernehmung des Kaisers beschließen müssen. An Wilhelm II. wäre es dann gewesen, zu erklären, ob er sich vernehmen lasse, oder ob er etwa aus den nämlichen Gründen, aus denen das Auswärtige Amt die Herausgabe der Akten verweigerte, seine Aussage ablehne.

Da nun auch die Disziplinarakten nicht zur Verfügung stehen, wird die Verhandlung unter Aufgebot eines großen Zeugen- und Sachverständigen-Apparates stattfinden. So werden am Zeugenstande u. a. erscheinen: Kunstmaler Maximilian Freiherr v. Bechmann-Berchtesgaden, Generalleutnant E. v. Liebert in Charlottenburg, die Abgg. Dr. Arendt, Bebel, v. Vollmar, der Kapitän a. D. Otto v. Lohberg-Berlin, der Justizrat Dr. Koffka-Berlin, der Geh. Legationsrat Helbing-Berlin, der Regierungsrat a. D. Dr. Kassel-Berlin, der kgl. bayer. wirkl. Rat Dr. Martin, vormals Bezirksamtmann in Kamerun, der Staatsminister und Gouverneur a. D. v. Soden-Stuttgart, Missionar Pater Nommer, zurzeit in Jaburn im Elsaß, der zur kritischen Zeit in Ostafrika wirkte, der Oberhofarzt a. D. Dr. Becker-Berlin, der Bezirksamtmann a. D. v. Elmenreich-Berlin, der Kunstmaler Kuhnert-Berlin, der mit Peters in Ostafrika war, der Bezirksamtssekretär a. D. Zahnke-Berlin und andere. Der Abgeordnete Karbortf, der wegen hohen Alters nicht vor Gericht erscheinen kann, wird kommissarisch vernommen werden.

Dr. Peters wird zum Verhandlungstermin persönlich erscheinen, aber nicht etwa aus eigenem Antriebe sondern dem gesetzlichen Zwange folgend, da das Gericht auf Antrag des Verteidigers des Beklagten, R.-A. Dr. Bernheim, das persönliche Erscheinen des Dr. Peters angeordnet hat. Im Falle seines Nichterscheinens müßte Dr. Peters gewärtigen, daß die Klage auf Grund des § 621 R.-St.-P.-O. als zurückgenommen zu gelten hätte und das Verfahren gegen die Münchener Post unter Ueberbürdung sämtlicher Kosten auf Dr. Peters eingestellt würde.

Das aber wäre im öffentlichen Interesse nicht wünschenswert. Bemerkt mag noch sein, daß unser Münchener Parteiorgan die Peters-Affäre nicht nur um deswillen wieder aufgerollt hat, weil den Münchener Kreisen gezeigt werden sollte, welche Tafeln auf dem als Vortragenden engagierten Herren lasten, sondern namentlich auch um deswillen, weil der begründete Verdacht nahelag, Peters wolle erst in München wieder festen Fuß fassen, um dann seinen Siegeszug nach Norden fortzusetzen und schließlich im Kolonialamt erneut Unterschlupf zu finden. Das mußte im Interesse der nationalen Reinlichkeit verhindert werden und ist verhindert worden.

Unmöglich ist's nicht, daß aus dem vielversprechenden Prozeß nichts wird. Peters kann nämlich kurz vor dem Termine die unbedingte Notwendigkeit empfinden, eine längere Reise nach irgend einem Auslande zu unternehmen. Damit würde die Verhandlung hinfällig werden, was recht bedauerlich wäre.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 25. Mai 1907.

„Wir leben eben nicht in der Schweiz!"

Zur Vollständigkeit hat der liberalen Aera, in der wir leben, nur noch eines gefehlt, und das ist jetzt dem Eifer der Berliner politischen Polizei glücklich nachgeholt worden. Eine Raufszene großen Stils! Am Donnerstag wurden, wie wir gestern bereits unter Letzten Nachrichten kurz meldeten, zwei Kellnerlehrlinge und zahlreiche Privatwohnungen mit einer tumultuarischen Haussuchung belacht und 25 Personen ins Gewahrsam abgeführt, unter ihnen eine Mutter, die man von Bett ihrer eben operierten schwerkranken Tochter fortschleppte. Von einem Polizeibeamten erhielt sie auf ihre Bitte, sie bei ihrem kranken Kinde zu lassen, die Antwort: „Ach, was geht das mich an!" — Das ist das deutsche Gemüt.

Von den 25 Ausgehobenen wurden 20 wieder entlassen. Sie hatt blieben neun Personen, wovon jedoch drei Aufsicht erhielten, Personen binnen 48 Stunden zu verlassen. Drei werden behalten, weil man ihnen den Prozeß machen will; zwei sollen (wohl unbemerkt) Geheimbündelei getrieben haben, gegen den letzten schwebt ein Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt — offenbar, weil er bei der Haussuchung nicht Gewalttätigkeit bewiesen hat, als einem rechtlosen Menschen zustand. Alles in allem ist das Resultat der politischen Aufregungen recht mäßig, und die Angstpsychosen, die gemeint hatten, man sei einer großen Dynamitverschwörung auf die Spur gekommen, können wieder beruhigt aufatmen. Der amtliche Sicherheitsapparat weiß nur zu melden, daß eine Verbindung zwischen Sozialdemokraten und den deutschen Anarchisten Weibel und Stellmacher, zwei durchaus harmlosen Leuten, „aufgedeckt", und allerdings „verbrecherische Literatur" beschlagnahmt worden sei, die sogar Anleitungen zur Herstellung von Bomben enthalten habe. Wer sich der Uebersetzungsarbeiten des russischen

(Nachdruck verboten.)

39] **Die zweite Buße.**

Kriminal-Roman von Dietrich Theden.

Die Stiefel Kruses wurden nachgemessen und die Ausschnitte auf die Sohlen gelegt. Die Maße stimmen und auch die durch Bunde auf den Ausschnitten angebrachten Flickenbrüche.

Angeklagter, wollen Sie nicht endlich Ihr Gewissen erleichtern und sich durch ein offenes Geständnis eine mildere Bestrafung sichern?"

Mannigen kam die Wiederholung:

„Ich bin bei mir nicht."

Der Präsident zeigte sich etwas ungeduldig, und der Staatsanwalt meinte spöttisch:

„Das ist die stereotype Entgegnung aller Beweisen zum Trotz."

„Der Aufenthalt in der Nähe der Brandstelle muß von den Angeklagten so sicher geleugnet," fuhr der Verteidiger ein. „Die Beschädigungen am und Fußspuren hat deshalb wohl wenig Wert, da aus ihnen doch nicht gefolgert werden kann, daß einmal anderes als die Neugierde ihre Entfernung veranlaßt hat."

„Aus der Entfernung zwischen der Spuren und den Eintritten in dem Schnee folgere ich eine Flucht des Angeklagten," replizierte der Staatsanwalt. „Zur Flucht aber veranlaßte ihn das Bewußtsein dessen, was er getan hatte."

„Ich setze in die Angaben des Zeugen von Herbrunk einigen Zweifel," meinte der Verteidiger. „Er ist auch nicht kriminalistisch geschult, und die aus seinen Bekundungen gezogenen Schlüsse entbehren der sicheren Grundlage."

Der Vorsitzende schnitt die Ausseinandersetzung ab.

„Die Erörterung darüber ist den Richtern vorbehalten," belehrte er sachlich. „Herr Zeuge, konnte das Feuer ohne die erfolgreiche Bekämpfung auf das benachbarte Stallgebäude übergreifen?"

„Die Gefahr war sehr groß."

„Entsteht das Gebäude auch Räumlichkeiten, die zum Aufenthalt von Menschen dienen?"

„Ja, zwei Stallknechte hatten dort ihre Kammern."

„Waren die Knechte zur Zeit des Brandes anwesend?"

„Die wurden auch durch die Löschmannschaft geweckt."

„Danke."

Die Vernehmung des Zeugen war beendet, und der Präsident gab Auftrag, den Kläger Kruse zu rufen.

Der Beschuldigte wandte sich an den Vorsitzenden.

„Ich muß mich noch einmal mit dem eben gehörten Zeugen beschäftigen," erklärte er. „Ich habe vorhin erwähnt, daß für mich die Zweckmäßigkeit dieses Hauptbelastungszeugen nicht ganz feststeht."

Herbrunk drehte sich aufhorchend um.

„Im Interesse des Angeklagten," fuhr der Verteidiger fort, „muß ich anführen und unter Beweis stellen, daß der Herr Zeuge zum Alkoholgenuß neigt und in diesem wahrscheinlich dem Angeklagten in der nächtlichen Stunde an der eine belastige Klärung erteilt hat, die dann das Geständnis erzwang. Wer in von einem Verwandten des Angeklagten ein Brief gegangen, der sich mit der — Vergangenheit des Zeugen beschäftigt und der Beleg für seine behauptete Glaubwürdigkeit zu erbringen hat. Der Brief ist ungeschickt und unorthographisch abgefaßt und enthält einen offenbaren Schreibfehler, indem der Schreiber von einem 81. Lebensjahre des Zeugen von Herbrunk spricht, während die 1 deutlich vor der 8 zu stehen hat."

Herbrunk sah in dieser Unruhe auf den Rechtsanwalt und schlug die Hände wie im Krampfe.

„Der Brief verratzt mich," setzte der Verteidiger mit erhobener Stimme wieder ein, „die Frage zu stellen: Sind Sie, Herr Zeuge, identisch mit Friedrich Hans von Herbrunk, Sohn des ehemaligen Gutsbesitzers Wilhelm Hans von Herbrunk und seiner Gemahlin Friederike, geborene von Rothkamen, auf Groß-Belzig in der Neumark?"

Der Betragte rang nach Atem.

„Ja," bejahte er leiser.

„Haben Sie in Ihrem achtzehnten Lebensjahre auf dem Gute Ihres Vaters einen Knaben Ruggeby gekannt?"

Wieder von Herbrunks zuckenden Lippen ein matter, gequältes „Ja".

„Haben Sie diesen Mann — der allerdings ein zweifelhafter Subjekt war — nach einer Jagdpartie mit Ihrem Hirschfänger zum Krüppel gemacht?"

Herbrunk vermochte nur mechanisch zu nicken. Alle Kraft schien ihn plötzlich zu verlassen; er sank sich schwach zum Umfallen.

„Sind Sie deswegen — bestraft worden?"

Der Zeuge war jetzt eiskalt, die Zähne schlugen ihm im Schüttelfroste zusammen. Er schloß die Augen und mußte an der Schranke, die ihn vom Gerichtshofe trennte, einen Halt suchen. Die Wirkung der Frage war so furchtbar, daß auch der Verteidiger überrascht und einem menschlichen Mitleid zugänglich schien, was wenigstens ein Kopfschütteln als Zeichen des Bedauerns annehmen ließ.

Ein zufällig im Zuschauerraum anwesender Arzt eilte der Bewußtlosen sofort seine Dienste anbieten, aber ehe er sich aus den Sitzreihen herausgewunden und den Eingang Rathes bestiegen konnte, gewann Herbrunks kräftige Natur von selber wieder die Oberhand. Er schüttelte den schlaffen, schlingen Körper auf, sah voll Pein auf seinen Angreifer und erhielt Rodenb und leuchtend:

„Ja, mit diesem Zeugen Gefängnis — und lebenslänger Reue! Sein Lage suchte den Verteidiger: „Was — Verteidiger, ich — hatte den Mann — beim Diebstahl erwischt. Zu seinem Glücke das Laufbuch auf der Erde lag, fand ich — seine Beute, sehr Kreuzgutsen, die er auf dem Hofe gestohlen und geteilt hatte. Ich — will nicht leugnen. Ich war außer mir, ich griff den Dieb an. Er entriß mir Axt und Kette und lief das Weite. Ich folgte ihm, ich — ich fänger mir versuchte ihn fasset. Ich fahrig fand — er ist für das Gehen. Und jetzt — ich bitte Sie machen Sie der Pein ein Ende. Die erste Buße hat mir hart getroffen — die zweite — vernichtet mich. Mein Gott — und das nach zwanzig Jahren —"

Seine Erregung steigerte sich von neuem hochgradig. Der Vorsitzende ließ einen Stuhl bringen; aber Herbrunk wies ihn zurück und stammelte hell:

„Herr Zeuge" sagte der Vorsitzende teilnehmend, „die erste Tat der Jugend rächt sich am Ihnen bitter. Aber es war das Recht der Verteidigung, den Tatbestand zur Sprache zu bringen, wenn er auch an dem Ausgange dieses Prozesses kaum etwas ändern mag."

Und der Staatsanwalt nahm das Wort.

„Durch diese Botschaft des Zeugen wird seine Glaubwürdigkeit in meinen Augen um nichts gemindert," äußerte er sich mit einem Seitenblick seiner Kollegen gegen Angeklagten und dem Verteidiger hinüber. „Ich möchte erfahren, wo den Brief geschrieben und also die Nachforschungen nach dem Neumärker des Hauptbelastungszeugen angestellt hat."

Der Verteidiger gab Auskunft.

„Der Brief ist unterzeichnet von Peter Kruse, Schauspieler. — Auf die Erklärung der Staatsanwaltschaft zu erwarten, beschlie ich mir vor."

Der Kritik hatte mit Spannung auf den Schluß gewartet, den seine Entscheidung bezeichnen würde. Sein funkelnder Blick ging an dem Zeugen, und ein gemeiner Triumph malte sich in seinen verbissen Zügen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070526-17/fragment/page=0001

Generalkonsuls in Königsberg und der berühmten Memeler Kiste erinnert, wird auch diesen Angaben mit berechtigten Zweifeln gegenüberstehen, ganz abgesehen davon, daß Bombenrezepte noch niemals explodiert sind, daß die Sicherheit der guten Stadt Berlin von ihnen nicht im mindesten bedroht worden ist. Die ganze Aktion läßt sich nur daraus erklären, daß die deutsche Regierung wieder einmal beim Zaren ihre Visitenkarte abgeben wollte, um sich bei ihm für alle Dienste gegen die Freiheit in empfehlende Erinnerung zu bringen. Man glaubt, ein Dokument aus der Zeit der Karlsbader Beschlüsse vor sich zu haben, wenn man in dem amtlichen Berichte liest:

Besonders schwerwiegend war die Beschlagnahme eines Stempels mit der Aufschrift: Vereinigung der sozial-revolutionären Berliner Russenföderation, und die Feststellung, daß zwei Anarchisten (die Herren Weidt und Karfunkelstein) Mitglieder der Tschechov-Lesehalle sind.

Um dieses staatsgefährlichen Stückchen Kautschuks willen schleppt man fünfunddreißig Menschen zur Polizei, reißt eine Mutter vom Schmerzenslager ihres Kindes, schubiert sechs Leute zum Lande hinaus und sperrt man drei ins Untersuchungsgefängnis!

So geschah es, nicht unter der Regierung des rauhen Wachtmeisters Hammerstein, sondern des eleganten schönredenerischen Bethmann-Hollweg. Der arme Kant in seinem Grabe darf sich auf was gefaßt machen; er sowohl wie Goethe, Dante, Ruskin und Nietzsche werden dazu herhalten müssen, die Rede zu verschönen, die Herr Bethmann-Hollweg im preußischen Landtag über den sozialrevolutionären Kautschukstempel halten wird.

Die liberale Presse schweigt, die Freundin von der andern Blockecke aber, die Deutsche Tagesztg., ergreift für sie das Wort, indem sie erklärt:

Die Polizei hat durchaus zweckentsprechend gehandelt. Wir leben eben nicht in der Schweiz.

Ganz hat ja die Schweiz diese Ehre, von dem reaktionärsten Blatt Europas als abschreckendes Beispiel zitiert zu werden, nicht verdient, aber soweit hat die Deutsche Tagesztg. recht, daß in der Schweiz ein solcher Skandal denn doch nicht möglich ist, ebensowenig wie in irgend einem andern europäischen Staate, ausgenommen Preußen-Deutschland. **Es ist nun einmal so: wir leben zwar in der liberalen Aera, aber wir leben nicht — „in der Schweiz", ja überhaupt nicht in Europa.**

Der Zensor des Blocks.

In der Vossischen Zeitung ergreift Herr Müller-Meiningen mit Freuden seine Feder, um mit ihr den unbequemen Blockstribtzern des Berliner Tageblattes eins auszuwischen. Halb Zensor und halb Karlchen Mießnick schreibt er in einem Leitartikel über die „Probezeit des Blocks":

Dabei darf nicht verschwiegen werden, daß ein Teil der Presse es nicht fehlen ließ, Grund zu Mißhelligkeiten zu geben. Der Mangel einer engeren Fühlungnahme zwischen einem gewissen frankfurierenden Teil der Presse und den vereinigten linksliberalen Parteien **muß den warmen Freund der Entwicklung (!) stets mit einer gewissen Besorgnis erfüllen.** Hier tut eine Aenderung der Verhältnisse bitter not, **wenn nicht in bewegteren Zeiten schwere Unstimmigkeiten eintreten sollen . . . Steine in solchen Fällen von oben zu werfen, ist weder geschickt noch schwer. Die klerikale und sozialdemokratische Presse sorgt schon für den nötigen Lärm, und auch die wackere Kreuzzeitung dreht die Nadel in der kleinen Wunde, da sie natürliche Neigung zur Germania treibt.**

In welchen Fällen es schwer ist, Steine von oben zu werfen, und ob die Drehung einer Nadel in einer kleinen Wunde besonders weh tut, darüber wollen wir keinen Krieg mit Meiningen haben. Herr Müller ist ja ein Dichter und hat einen gewissen Anspruch auf Kühnheit seiner Bildersprache. Aber daß ein so „warmer Freund der Entwicklung" seine Nadel in der Wunde der einzigen liberalen Zeitung dreht, die mitunter noch ein aufrichtiges Wort wagt, können wir nicht recht finden. Denn diese Beschäftigung des Herrn Müller läßt sich nur so erklären, daß ihn eine widernatürliche Neigung zur „wackeren Kreuzzeitung" und ihren Kumpanen, den konservativen Blockbrüdern treibt.

Das Berliner Tageblatt hat bisher zu Herrn Müllers schmerzhaften Stilübungen geschwiegen. Ob das ein Zeichen der Verachtung oder der Bußfreiheit ist, muß sich erst zeigen. Wenn aus dem letzten liberalen Blatt der letzte Rest liberaler Gesinnung ausgerottet ist, dann erst beginnt wahrhaft die liberale Aera.

Der Liberalismus gegen das allgemeine Wahlrecht.

Aus Anlaß der Wahlen in Oestreich schreibt die nationalliberale Magdeburgische Zeitung:

Es ist ein neuer Beweis dafür geliefert, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht den Kampf der politischen Kräfte und Interessen für schwarz und rot entscheidet, und daß **der Geschädigte dabei immer der Liberalismus** ist. Wenn es den bürgerlichen Parteien im Reiche mit größter Anstrengung gelungen ist, die verderbliche Entwicklung in dieser Richtung aufzuhalten, so würde diese Entwicklung alsbald wieder ins Rollen kommen, wenn die Energie des Widerstandes nachließe. Wenn an dieser Lage im Reiche nichts geändert werden kann und soll, so wäre es doch angesichts der immer und überall gemachten Erfahrungen **verhängnisvoller Doktrinismus, wenn liberale Parteien sich darauf versteifen wollten, auch in den deutschen Einzelstaaten die Reform des Wahlrechts nach der radikal-demokratischen Schablone zuzuschneiden,** statt den realen Kräften des Volkslebens wenigstens hier zu vollerem Rechte zu verhelfen.

Ein offenes Geständnis, daß die liberalen „Prinzipien" weiter keinen Zweck haben, als den liberalen Parteien Vorteile zuzuwenden, und — sobald sie das nicht tun — **über Bord geworfen werden,** nicht etwa in augenblicklicher Mißstimmung, sondern **„aus Prinzip"** Dem entspricht ja auch der bekannte Wahlrechtsentwurf der preußischen Nationalliberalen. Nicht ohne Bedeutung ist es, daß demgegenüber der neue Aufruf der „entschieden Liberalen" nur ein paar unbestimmte Redensarten über die „volle Rechtsgleichheit" enthält, aber keine klare und positive Formulierung einer demokratischen Wahlrechtsforderung. Das dürfte kein bloßer Zufall sein, da ja der Aufruf von dem Wahlrecht in Preußen redet und zugleich den „entschiedenen Liberalismus" als „sichersten Damm gegen eine sozialdemokratische Ueberflutung" in empfehlende Erinerung bringt!

Oestreichische Wahlen und preußische Wahlreform.

Die Nationalzeitung wendet sich in einem Artikel gegen einen Teil ihres nationalliberalen Zeitungsgeschwisters. Mit Bedauern stellt sie fest, daß **auch nationalliberale** Blätter — wie wir in obenstehender Notiz am Beispiele der Magdeburgischen Zeitung nachgewiesen haben — sich anschicken, aus dem Ausfall der östreichischen Wahlen **Kapital gegen die Reform des Dreiklassenwahlrechts zu schlagen.**

Man muß bei diesem Bruderstreit beachten, daß die Nationalzeitung selbst weit davon entfernt ist, das östreichische Wahlrecht **in Preußen einführen zu wollen. Sie will nur eine „Reform" des Dreiklassenwahlrechts,** ihre Gegner innerhalb der nationalliberalen Partei und Presse wollen aber nicht einmal diese. Im übrigen darf man die Herren unter sich lassen, denn in den **Massen des preußischen Volkes** werden die ersten östreichischen Wahlen des gleichen Rechts ganz anders wirken als bei den nationalliberalen Geldsäcken. Die Frage, wie lange sie noch das Joch und die Schmach des Klassenwahlrechts tragen wollen, wird für sie brennender denn je!

Wiederaufnahme des Prozesses Pöplau.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin begann gestern die Verhandlung gegen den Geh. Sekretariatsassistenten Pöplau wegen Vergehens gegen den sogenannten Arnimparagraphen. Es waren dieselben Personen als Zeugen zur Stelle, die im vorigen Termin geladen waren, meist Beamte des Kolonialamtes, ferner der Reichstagsabgeordnete Erzberger und Oberstleutnant Quade. Nach Aufruf der Zeugen teilt der Vorsitzende mit, daß von dem als Zeugen geladenen Geh. expedierenden Sekretär Schneider ein ärztliches Attest eingereicht worden sei, nach welchem der nervöse Zustand des Zeugen seine Vernehmung unmöglich mache. Der Gerichtshof beschloß, auf Antrag des Staatsanwalts den Zeugen Schneider durch den Kreisarzt in Eberswalde untersuchen zu lassen, ob er vor Gericht oder kommissarisch im Sanatorium vernommen werden könne.

Der Angeklagte Pöplau wiederholte im wesentlichen seine Aussagen aus dem vorigen Termin. Bei der Erörterung der Umstände, unter denen ihm geheime Akten in die Hände gekommen waren, sagte Pöplau unter großer Heiterkeit der Zuhörer: er werde durch Zeugen beweisen, daß vielen Beamten Abschriften der geheimen Akten zugegangen seien. **„Denn gerade in unserem Auswärtigen Amte bleiben die geheimen Akten nie geheim."** Weiter äußerte sich Pöplau über den Fall des Hauptmanns von Kannenberg. Dieser wurde bekanntlich als Angehöriger der Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika zu Gefängnis und Dienstentlassung wegen schwerer Vergehen verurteilt. Weil er aber schon vor der Entlassung Invalide geworden war, wurde ihm gnadenhalber eine Pension von 2400 Mk. aus Reichsmitteln bewilligt. **Diese Pension hielt Pöplau für gesetzwidrig bewilligt.** In seiner Auffassung bestärkt wurde er durch die Tatsache, daß Kolonialdirektor Stübel auf eine Anfrage Bebels im Reichstag zwar die Bestrafung aber nicht die Pensionierung Kannenbergs mitteilte, obwohl in einer Kabinettsordre der Kaiser den Reichskanzler ausdrücklich angewiesen hatte, dem Reichstage die Grundzüge des Urteils mitzuteilen. Um diese Zeit schrieb Erzberger an den Angeklagten: **Erzberger wandte sich an mich, nicht ich an ihm,** versichert der Angeklagte. Ich war mißtrauisch, nahm kein einziges meiner Papiere mit, Erzberger bot mir eine Stellung an, doch wurde nichts daraus. Immerhin freute es mich, daß er sich für meine Sache interessierte. Denn ich versprach mir von einem Mitgliede der ausschlaggebenden Zentrumspartei mehr als von Dr. Müller-Sagan (Heiterkeit). Da Fürst Bülow in Homburg war, ging Erzberger zum Chef der Reichskanzlei v. Löbell, der aber erwiderte: **Die Kolonialabteilung hat nichts zu fürchten.** Bald nach dem ersten Termin in Potsdam vor der Disziplinarkammer gab ich dem Abg. Erzberger Material und später nach den Reichstagsdebatten noch mehr.

Auf Wunsch des Angeklagten wurde dann schon um 2 Uhr mittags die Verandlung auf Sonnabend vertagt. — Zu dieser Verhandlung hat der Angeklagte seinerseits folgende Zeugen laden lassen: Reichskanzler Fürst Bülow, Staatssekretär Dernburg und Frhr. v. Stengel, Oberst Ohnesorg, Unterstaatssekretär v. Mühlberg, Geh. Hofrat Krüger, sowie die Reichstagsabgeordneten Prinz Erni Hohenlohe, Dr. Müller-Sagan, Roeren, Bebel, Dr. Arendt und Dr. Paasche. Ohne gesetzlichen Entschuldigungsgrund darf keiner dieser Zeugen ausbleiben.

Wer in Deutschland Karriere macht. Der neue Unterstaatssekretär des Kolonialamtes, Herr von Lindequist und der neue Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, der sittenstrenge Herr von Schuckmann, sind alte Herren des feudalen Korps der Saxo-Borussen.

Wie die in den Korps vertretenen angehenden Staatsstützen „studieren", dafür haben unsere Leser ein lehrreiches Beispiel im Kleinen Feuilleton der gestrigen Nummer gehabt.

Lebenszweck der Kriegervereine. Nach einer neuen kaiserlichen Verordnung sollen bei Kaiserparaden oder im Spalier vor dem Kaiser nur solche Kriegervereine Aufstellung nehmen, die dem Landeskriegerverbande bezw. dem deutschen Kriegerbunde angehören.

Der Bund der „echtdeutschen" Leute ist ja zum Hurrabrüllen auch am besten zu verwenden.

Ein „Hunnenprozeß" spielte sich vor dem Landgericht Bayreuth ab. Der Bötcher Günther von Kulmbach war wegen Beleidigung des Hauptmanns v. Schönfeld von der kaiserlichen Schutztruppe in Ostafrika angeklagt. Er hat seinerzeit in der Kompagnie des Hauptmanns v. Schönfeld die Chinaexpedition mitgemacht. Am Abend des 4. Februar erzählte er in einer Kulmbacher Wirtschaft in ziemlich angetrunkenem Zustande eine Geschichte aus seiner Kriegszeit in China, die nach der Anklage wie folgt gelautet haben soll: Eines Tages habe der Hauptmann ihm befohlen, einen Wagen zu richten, mit dem sie dann ins Innere des Landes gefahren seien, wo sie vor dem Hause eines Chinesen gehalten hätten. Der Hauptmann habe befohlen, die Türe zu öffnen, dann seien sie hineingegangen und hätten allerlei Sachen herausgeschleppt. Er, Günther, habe sich ein Uhrgehäuse angeeignet; der Hauptmann habe ihn gefragt, was er da habe, darauf habe er erwidert: „Ich habe es genau so gemacht, wie der Herr Hauptmann." Dabei habe er die Gebärde des „böhmischen Zirkels" gemacht. Als der Wagen vollgepackt war, hätten sie abfahren wollen, aber da sei der Chinese herausgekommen und habe Bezahlung der fortgenommenen Sachen verlangt. Der Hauptmann habe gesagt: „Du wirst schon bezahlt werden." Gleich darauf sei der Chinese standrechtlich erschossen worden. Die Sache wurde denunziert, und der Reichskanzler und der Kolonialdirektor Dernburg stellten Strafantrag. Der Angeklagte erklärte, daß er die Aeußerung vom Diebstahl und der Erschießung des Chinesen nicht getan habe. Der Vorsitzende des Gerichts suchte die im Bierdusel vorgetragene Geschichte zu einem Fall von politischer Bedeutung und den Angeklagten ohne weiteres zu einem Sozialdemokraten zu stempeln, der für die am gleichen Tage stattgefundene Reichstagsstichwahl habe Stimmung machen wollen. Nun spielte sich aber die Stichwahl zwischen dem Liberalen und dem **Zentrumskandidaten** ab, aber das genierte den Herrn nicht, er erklärte, Zentrum und Sozialdemokratie seien ja Verbündete gewesen. Das Gericht erkannte auf **fünf Monate Gefängnis** und sagte tatsächlich in seiner Begründung, daß der Angeklagte für die Wahl des Zentrumskandidaten habe Stimmung machen wollen!

Germanisierungsarbeit in den Reichslanden. Am Pfingstfeste hatte ein bürgerlicher Radfahrerverein in Ruprechtsau bei Straßburg Fahnenweihe. Zur Feier war auch eine Deputation französischer Sportsgenossen aus Montbéliard erschienen, die als Angebinde ein Fahnenband mit den französischen Farben **blau-weiß-rot mitbrachten. Dies schien der Polizei furchtbar staatsgefährlich,** und erst nach langen Scherereien durfte das Band an der Fahne befestigt werden, aber — verkehrt. Vor einigen Jahren hatte nämlich die Polizei entdeckt, daß sich die Farben der französischen Flagge bei einer verkehrten Stellung in die Farben der holländischen Flagge rot-weiß-blau verwandeln. Und da diese nicht so staatsgefährliche sind, so gestattete die Polizei gnädigst, daß die französischen Abzeichen verkehrt getragen werden dürfen! Noch mehr aber als dieses Farbenband hatte es der Polizei eine Tafel angetan, die ein Einwohner zum Willkommengruß an der Begrüßungspforte angebracht hatte. An Stelle des deutschen „Herzlich willkommen!", das die französischen Gäste schließlich nicht hätten lesen können, standen auf dieser Tafel die unheimlichen Worte: „Soyez bien venue!" Ein Wachtmeister, der sich erst nach der Bedeutung des Spruches erkundigte, sah den deutschen Staat schon purzeln und ordnete die Entfernung der Tafel an. Die französische Invasion war wieder einmal vom Elsaß ferngehalten!

Ausland.

Ungarn. Eine Begnadigung. Im April d. J. waren drei Jahre verflossen, seitdem aus Ungarn die Kunde von dem Blutbad zu Elesd zu uns gekommen. Die Unabhängigkeits- und 48er Partei des Elesder Wahlkreises hatte die rumänische Bevölkerung jenes Kreises zu einer Versammlung eingeladen, um sie „vom Sozialismus zurückzuerobern". Das Volk wußte nicht, daß die Regierung ein Blutbad vorbereite, glaubte nicht, daß die Unabhängigen ihnen eine Falle legten; trotz aller Abmahnungen der Budapester Genossen strömte das Volk zur Versammlung. Der Verlauf war ein durchaus ruhiger, bis ein Schuß fiel. Dieser kam nicht aus den Reihen der Versammlungsbesucher sondern aus der entgegengesetzten Richtung und traf einen Wachtmeister. Der Schuß bildete das Signal zum Angriff auf die wehrlose Volksmasse. Es krachte eine Salve, welcher sofort ein Husarenangriff folgte. Die 5000köpfige Menge konnte nicht flüchten; 31 Personen wurden getötet und 150 „nur verwundet". Mit dem Blutbad war das Machwerk noch nicht vollendet, es traten nun Staatsanwalt und Gerichtshof in Aktion. Gegen etwa 70 Personen wurde der Prozeß angestrengt. 22 Angeklagte wurden zusammen zu 11½ Jahren Zuchthaus und 12 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Warum? „Angeklagter muß verurteilt werden, weil nach Aussage mehrerer Zeugen Angeklagter Sozialist ist," lautete die Begründung der einzelnen Urteile. Jetzt sind diese Opfer einer hinterlistigen und gewalttätigen Politik begnadigt worden. Viele haben aber ihre Strafe schon vollständig verbüßt. Und nur 13 Verurteilten kommt die Begnadigung noch zu einem Teil zugute. Und dieselben Leute, die Kossuth und Genossen, die damals das Blutbad mit veranlaßt haben, suchen jetzt die Begnadigung für sich und ihre Partei auszubeuten. Dabei werden die Opfer in keiner Weise entschädigt; sie haben schwer gelitten, einige Jahre ihres Lebens verloren und sind nun physisch und moralisch zugrunde gerichtet. Und auch die Gemordeten können durch die königliche Gnade nicht wieder zum Leben erweckt werden.

Frankreich. Die Gärung unter den südfranzösischen Weinbauern. Die nächsten Demonstrationsversammlungen der Weinbauern werden in Montpellier und Carcassonne abgehalten werden. Der Bürgermeister von letzterer Stadt hat an die Militärbehörden die Bitte gerichtet, den Weinbauern den Exerzierplatz zur Veranstaltung des Meetings zu überlassen. In Montpellier erwartet man für die Versammlung am nächsten Sonntag eine Beteiligung von ungefähr einer halben Million Winzern. Die Aufregung unter den Weinbauern breitet sich im Süden Frankreichs immer mehr aus.

Asien. Die englische Justiz gegen die Aufstandsbewegung. In Jamulpur wurden sieben mohammedanische Ruhestörer zu Gefängnisstrafen von 12 bis 18 Monaten verurteilt. In Bassiganj fanden 22 Verurteilungen statt zu Strafen von zwei Monaten bis zwei Jahren Gefängnis; ein Mann wurde zu zehn Rutenhieben verurteilt.

Zur Revolution in Rußland.

Eine neue Aera in Finnland. Dieser Tage ist die erste Session des finnländischen Parlaments nach dem neuen Wahlrecht eröffnet worden. Dieses Parlament ist bekanntlich nicht bloß auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt, sondern auch den Frauen ist dabei ihr volles Recht geworden. Das, was die Frauen der westlichen Kulturländer bis jetzt noch vergeblich anstreben, nämlich die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen, ist hier gegeben; die Finnländerinnen besitzen das aktive wie das passive Wahlrecht und das alles unter der Herrschaft eines halb barbarischen Autokraten, des Herrschers aller Reußen. Die oberen Klassen, meist schwedischer Herkunft, sind mit der Neuordnung der Dinge wenig zufrieden; sie bedauern das Verschwinden des alten Systems, nach welchem der Adel, die Geistlichkeit, die Bauern und das Bürgertum in besonderen Kammern vertreten waren. Das war die alte sogenannte „Schwedische Konstitution", gegeben im Jahre 1772 vom Zaren Alexander I., der damit die Russifizierung Finnlands einleitete. Die Sozialisten haben im finnländischen Landtag die überwältigende Majorität und so darf man auf die Arbeiten dieses Parlaments wohl gespannt sein. Allerdings wird das russische Regiment den Reformbestrebungen des jungen Parlaments wohl hindernd in den Weg treten. Der Vizepräsident des Parlaments ist der Sozialist Dr. Ursin.

Väterchen will eine neue Flotte haben. Eine besondere im russischen Marineministerium tagende Kommission ist am Donnerstag zu dem Beschluß gelangt, daß Rußland eine neue Flotte erhalten müsse, deren Baukosten auf **eine Milliarde sechshundert Millionen Rubel** veranschlagt werden. Der Finanzminister, der der Konferenz beiwohnte, hat keine Einsprache gegen die Höhe der Summe erhoben, sondern nur gebeten, ihm die genauen Bedingungen der Auszahlung der Riesensumme zu nennen.

Für die zahllosen hungernden Bauern, für Volksbildung usw. hat „Väterchen" natürlich kein Geld übrig, bei Panzerschiffen und Kanonen ist der „Friedenszar" sehr freigebig.

Auf die Zustände in Odessa wirft folgende Meldung der Frkf. Zeitg. ein bezeichnendes Licht: Seit einiger Zeit ist auf dem Dache des Hauses des Generalgouverneurs General Kaulbars ein Soldat zur Bewachung aufgestellt. Von dort fiel am Donnerstag ein Schuß, der große Aufregung hervorrief und der Polizei Veranlassung gab, das ganze Viertel zu umzingeln und alle Passanten auf das allerstrengste zu untersuchen. Die Sache wird so dargestellt, als ob Attentäter die Abwesenheit des Generals Kaulbars hätten benutzen wollen, um durch den Kamin eine Höllenmaschine anzubringen, die erst nach einigen Tagen explodieren sollte. Der Soldat habe aber durch einen Schuß die Ausführung des Planes verhindert, sei jedoch von den Attentätern verwundet worden und befinde sich augenblicklich im Hospital.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070526-17/fragment/page=0002

Achte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Vierter Verhandlungstag. (Vormittagssitzung.)

Ein Uebertritt vom Allgemeinen Metallarbeiter-Verband zum deutschen Metallarbeiterverband wird dem Vorstand überwiesen. Die Uebersetzung des Statuts und Verhaltungsreglement in französischer und italienischer Sprache begründet Fuhrmann, Oberstein, mit den großen Schwierigkeiten, die im allgemeinen wegen der Rückständigkeit der Bevölkerung und des mehrsprachigen Verkehrs vorliegen. Die Sache wird dem Vorstand überwiesen. Ein Antrag, Statut und Verhaltungsreglement in Einklang zu bringen, wird angenommen. Bei Ausschlüssen aus dem Verband soll dem Vorstand anheimgestellt werden, die diesbezüglichen Bekanntmachungen nicht mehr in der Metallarbeiter-Zeitung zu veröffentlichen. Ein Antrag, betr. die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, wird mit der Motivierung abgelehnt, daß im Reichstage bereits die achtstündige Arbeitszeit beantragt wurde. Die Protokolle der Verbandstage sollen übersichtlicher angelegt werden. Sodann wird beschlossen, den Rednern zur Generaldebatte und den Berichterstattern der Kommissionen das Stenogramm zur Durchsicht zur Verfügung zu stellen. Zum Verbandsorgan spricht Gießen-Köln den Wunsch aus, gegen den übermäßigen Alkoholgenuß Artikel zu bringen. Scherm, Redakteur, bespricht die zur Sache gehörenden Anträge. Es sei nicht ratsam, den beschränkten Raum unseres Organes noch mehr zu belasten. Das gilt von der Alkoholfrage, sowohl als in bezug auf die technischen Artikel und Fragekasten. Beilagen können nicht gebracht werden, weil der Versand in Paketen geschieht und die ganze Expedition darunter leiden würde.

Donath-Hagen vertritt einen Antrag, im Organ mehr auf die Verhältnisse der Hüttenarbeiter Rücksicht zu nehmen. Fuhrmann-Oberstein weist darauf hin, daß für die Verhältnisse der Hüttenarbeiter durch die Enqueten, die der Vorstand aufgenommen hat, genügend Material zur Agitation gegeben sei. Lohsing-Suhl wünscht die Einrichtung eines Sprechsaales, im Interesse derjenigen Mitglieder, welche Bibliotheken nicht im genügenden Maße zur Verfügung haben, um technische Fragen zu erledigen. Dagegen spricht Redakteur Quist, unter Hinweis auf die Höhe der Auflage, des Fehlens des Allgemeininteresses und der technischen Schwierigkeiten. Ulrich-Frankfurt spricht ebenfalls dagegen. Die darauf bezüglichen Anträge werden der Redaktion zur Berücksichtigung überwiesen.

König-Dortmund spricht für eine Beilage in polnischer Sprache wegen der hohen Zahl der im Ruhrrevier beschäftigten Arbeiter. Ulrich-Breslau und Früngel-Elbing sprechen in demselben Sinne. Letzterer empfiehlt für den Fall der Ablehnung, die Oswiata in größerer Zahl als bisher den Kollegen zur Verfügung zu stellen. Der Antrag auf Schaffung einer Beilage in polnischer Sprache wird darauf angenommen; die technische Ausführung dem Vorstand überlassen. Das Inseratenwesen in der Metallarbeiter-Ztg. wird von mehreren Rednern besprochen, insbesondere wird bei den Arbeitsmarktinseraten Vorsicht empfohlen. Es soll vor der Aufnahme eine Anfrage an die Ortsverwaltungen gerichtet werden. Schlicke: Die Anfragen werden seitens der Expedition gemacht, aber die Antworten sind nicht immer so, wie es wünschenswert ist. Chiffre-Inserate können nicht abgewiesen werden, bringen auch keine nennenswerte Nachteile für die Kollegen. Oberling-Vegesack: Die Generalversammlung in Leipzig ist mit der Zurückweisung aller Inserate zu weit gegangen. Es sollten Inserate zur Empfehlung von Werkzeugen, wissenschaftlichen Vorträgen und Werken aufgenommen werden können. Der dazu vorliegende Antrag wird abgelehnt. Die Wiederaufnahme des vor sechs Jahren ausgeschlossenen Kollegen Krauß-Nürnberg wird abgelehnt, nachdem Schlicke eine ausführliche Darstellung der Sache gegeben hat.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung: Revision der Verbandsstatuten. Schlicke gibt zunächst eine Erklärung ab, weshalb der Vorstand den Auftrag, eine Vorlage für die Klassifizierung der Beiträge zu machen, nicht ausgeführt habe. Es sei eine Einführung nur obligatorisch denkbar. Die Scheidung nach Lohnklassen sei undurchführbar, weil damit eine Selbsteinschätzung verbunden sei, die eine sichere Unterlage nicht biete. Nach Ortsgrößen sei eine Unterscheidung auch nicht möglich, weil die Kaufkraft des Geldes nicht in allen Orten gleich sei, und oft bei höherem Lohn die Lebenshaltung schlechter sei. Ebenso können die ortsüblichen Tagelöhne nicht zugrunde gelegt werden, weil diese in den seltensten Fällen der Tatsache entsprechen. Dazu kommen die technischen Schwierigkeiten bei der Verwaltung, das Auf- und Absteigen in eine andere Klasse und die dadurch komplizierte sich gestaltende Berechnung der Unterstützungssätze. Es müsse dann auch eine Herabsetzung der Unterstützungssätze eintreten, und das bedeute keinen Nutzen für den Verband. Das Wichtigste aber sei, daß man eine Wahrscheinlichkeitsberechnung über die finanziellen Ergebnisse nicht aufstellen kann, weil es unmöglich sei, zu beurteilen, wie hoch die Zahl der in jeder Klasse steuernden Mitglieder und Kollegen sei. Es sei also ein Sprung ins Dunkle, den die Generalversammlung nicht machen dürfe. Daher komme auch der Vorstand eine Vorlage, wie sie verlangt wurde, nicht machen. Der Vorstand schlägt eine Beitragserhöhung vor, um zu neuen Kämpfen gerüstet zu sein. Wir stehen erst vor der Entscheidungsschlacht, und daher sei die Stärkung der Kasse eine unerläßliche Notwendigkeit, und die Erhöhung um 10 Pf. für männliche, und 5 Pf. für weibliche Mitglieder sei das mindeste, was er fordern müsse.

Brandes-Magdeburg beantragt, immer einen Redner für und einen gegen die Klassifizierung der Beiträge sprechen zu lassen. Dieser Antrag wird angenommen.

Die Diskussion ist eine sehr rege. Eine große Anzahl Redner erklärt die Klassifizierung der Beiträge für unerläßlich. Dadurch entstehe auch kein besonders komplizierstes Rechnungssystem. Ein anderer Teil der Redner tritt für die Erhöhung der Beiträge auf 60 Pfg. ein. Für etliche erscheint eine Erhöhung überhaupt undurchführbar. Lieber solle man die Erwerbslosenunterstützung herabsetzen. Die Diskussion, die sich bis in die Nachmittagssitzung hineinzog, endete mit der Ablehnung der Einführung klassifizierter Beiträge. Dafür stimmten 84, dagegen 116 Delegierte.

Als Diäten werden pro Tag 9 Mk., für entgangenen Lohn 6 Mk. festgesetzt.

Die Generalversammlung beschließt, eine fünfgliedrige Kommission zu wählen, die in Gemeinschaft mit dem Vorstand eine Vorlage für die Klassifizierung der Beiträge ausarbeiten und der nächsten Generalversammlung vorlegen soll. — Es folgt die Beratung über die Höhe der Beiträge. Philipp-Breslau: Die Statutenberatungskommission hat sich dem Antrag des Vorstandes angeschlossen, die Beiträge für männliche Mitglieder auf 60 Pfg. zu erhöhen. Es soll auch instalthaft sein, die Beitragsbefreiung in Fällen von Notlagen 2c. gestellten beitragsfreien Marken durch Wertmarken zu überkleben, da damit nichts als eine Verlängerung der Grenzzeit erzielt wird. Es genüge auch die Erhöhung der Beiträge für weibliche Mitglieder um 10 Pfg., und es sei zu erwarten, daß diese Beitragserhöhung auch auf längere Zeit als zwei Jahre reiche. Kestner-Nürnberg plädiert für Erhöhung der Beiträge der weiblichen Mitglieder um nur 5 Pfg. Grube-Stettin: Die Erhöhung der Beiträge erschwert die Agitation. Das Aufstellen von Beamten dürfe kein Grund für die Beitragserhöhung sein. Die schlechtbezahlten Arbeiter können die 60 Pfg. nicht bezahlen. Wenn doch auf der nächsten Generalversammlung die Klassifizierung durchgeführt werden müsse, so könne man jetzt den Versuch machen, mit der alten Beitragshöhe auszukommen. Giesen-Köln ist für eine Erhöhung um 5 Pfg. Lehnert-Braunschweig: Die Unternehmer werden, wenn wir gefüllte Kassen haben, unsere Organisation weit mehr respektieren, das habe die Formverbrennung bewiesen. Wir hätten bei gefüllten Kassen die Unternehmer weit mehr im Schach gehalten. Frl. Grobon-Berlin: Die Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. für weibliche Mitglieder sei zu viel. Wenn die Unterstützungen für die weiblichen Mitglieder erhöht werden, zahlen diese auch höhere Beiträge. Engel-Berlin: Wir sollen unsere Ausgaben vermindern, dann brauchen wir nicht 10 Pfg. Erhöhung der Beiträge. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Philipp-Breslau (Schlußwort): Wir müssen eine Kriegskasse schaffen, wie sie des Metallarbeiterverbandes würdig ist. Es findet getrennte Abstimmung über die Höhe der Beiträge für männliche und weibliche Mitglieder statt. In namentlicher Abstimmung wird die Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder auf 60 Pfg. pro Woche mit 163 gegen 36 Stimmen angenommen. Die Erhöhung der Beiträge für weibliche Mitglieder auf 30 Pfg. wird abgelehnt, dagegen die Festsetzung auf 25 Pfg. für weibliche und jugendliche Mitglieder angenommen. Es entsteht hiernach ein Zweifel, ob es ein Zwang sei, daß die jugendlichen Arbeiter 25 Pfg. zahlen, oder ob auch die Zahlung von 60 Pfg. zulässig ist. Die Generalversammlung entscheidet über diese Angelegenheit wie folgt: Diejenigen Mitglieder, welche heute schon 50 Pfg. Beitrag zahlen, zahlen für die Folge 60 Pfg. Neuaufzunehmende müssen, sofern sie Lehrlinge oder ungelernte Arbeiter unter 18 Jahren sind, den Beitrag von 25 Pfg. zahlen.

Die Generalversammlung beschließt ferner, den invaliden Mitgliedern, die heute 10 Pfg. Beitrag zahlen, den Eintritt in die Klasse der 25 Pfg.-Beiträge zu gestatten. Ein Antrag, dieses auch solchen Arbeitern zuzubilligen, welche weniger als 12 Mk. pro Woche verdienen, wird abgelehnt.

Am Schluß der Vormittagssitzung erklärte Schlicke, daß eine Notiz, die das Bureau Herold gebracht habe, und die von der Presse verbreitet werde, nach welcher er sich gegen den politischen Massenstreik ausgesprochen habe, auf Unwahrheit beruhe. Er habe weder bei der Eröffnungsrede, noch bei dem Jahresbericht auch nur ein Wort vom politischen Massenstreik gesprochen. Der Wunsch sei hier zweifellos der Vater des Gedankens!

Parteinachrichten.

— **Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages** hielt vor ihrem Auseinandergehen noch eine Sitzung ab, in der Genosse Dr. Südekum den Auftrag erhielt, den parlamentarischen Bericht für den Parteitag zu verfassen. Als Delegierte für den internationalen Kongreß in Stuttgart wurden von der Fraktion die Genossen Fischer, Singer und von Vollmar gewählt. Für alle noch in der Schwebe befindlichen Gesetzentwürfe und Initiativanträge wurden die Redner bestimmt.

— **Der erste Kongreß der japanischen Sozialisten.** Wie aus den erst jetzt eingetroffenen letzten Nummern des Heimin Shimbun (die letzte Nummer vor seiner Unterdrückung) hervorgeht, hat Ende Februar in Tokio der erste Nationalkongreß unserer japanischen Genossen stattgefunden. Bis dahin waren nur kleinere Konferenzen abgehalten worden. Der Kongreß war von zirka 70 Delegierten aus allen Teilen des Reiches beschickt. Die Hauptfrage bildete die Festlegung der in Zukunft zu befolgenden Taktik der Partei. Nach langer und eingehender Diskussion fand die nachfolgende Prinzipienerklärung, vorgelegt vom Parteivorstand, Annahme:

Die japanische sozialistische Partei strebt die Beseitigung des gegenwärtigen ökonomischen Systems an, eines Systems, das Armut und Elend im Gefolge hat, daß der gesamte Nationalreichtum in die Hände des Volkes gehört. Indem wir uns diese Prinzipien zu eigen machen, stellen wir uns auf den Boden folgender Erklärung:

„Wir werden alles tun, um die Arbeiterklasse zu erwecken, aufzuklären und zu organisieren.

Wir protestieren mit Entrüstung gegen die Politik der Unterdrückung, wie sie die Regierung gegenüber den 7000 streikenden Bergleuten von Ashio angewendet hat.

Wir bekunden ernste Solidarität und Sympathie mit der revolutionär-sozialistischen Bewegung der ganzen Welt."

In folgenden Fragen wurde der Betätigung der Parteimitglieder freier Spielraum gelassen: Bezüglich der Revision der Polizeigesetze betreffend die öffentliche Ordnung; sodann wurde freigestellt die Teilnahme an den Wahlen, sowie an der antimilitaristischen und der atheistischen Bewegung.

Die Frage der Beteiligung an den Wahlen rief eine sehr heftige Debatte hervor. Der Genosse Tagai sprach sich für die Beteiligung an den Wahlen aus; es sei dies die beste Taktik. Gegen diese Anschauung wendete sich der Genosse Kotoku mit großer Energie. Das in Japan bestehende Wahlgesetz erkennt unter 18 Millionen erwachsenen Männern nur 300 000 Wahlberechtigte an. Bei einem solchen Wahlrecht, so erklärte Kotoku, sei eine Beteiligung der Sozialisten ganz ausgeschlossen. Das Proletariat müsse zunächst durch direkte Aktion, Demonstrationen usw. ein freies Wahlrecht sich erkämpfen. Hierauf wurde die Resolution des Parteivorstandes, wonach die Beteiligung an den Wahlen dem persönlichen Ermessen jedes einzelnen Parteigenossen überlassen bleibt, mit 28 Stimmen angenommen; für die Auffassung Kotokus (strengste Wahlenthaltung) erklärten sich 22, während für Tagai (obligatorische Beteiligung) nur 2 stimmten. — Als Delegierter zum Stuttgarter Kongreß wurde Dr. Tokijiro Kato gewählt.

Die Antwort der Regierung auf die Beschlüsse des Kongresses ließ nicht lange auf sich warten. Der Heimin Shimbun, der in seiner neuen Form erst kurze Zeit bestand, wurde nach dem Kongreß noch mehr drangsaliert als vorher. Das Blatt wurde in kurzer Zeit viermal konfisziert und unter Anklage gestellt wegen der Kongreßberichte, sowie wegen einiger Artikel, in welchen Beleidigungen der Regierung und Gefährdung der öffentlichen Ordnung erblickt wurden. Zwei Redakteure des Blattes, die Genossen Nifukawa und Yamaguchi, wurden zu je sechs Monate Gefängnis verurteilt. Schließlich wurde auch das Blatt unterdrückt. Trotz all dieser Schikanen und Verfolgungen, denen die japanischen Sozialisten ausgesetzt sind, blicken diese durchaus hoffnungsfreudig in die Zukunft, und über kurz oder lang werden unsere japanischen Genossen auch wieder über ein neues Kampfesorgan verfügen.

Vermischtes.

* **Der Rassenkampf in Amerika.** Aus Clanton im nordamerikanischen Staate Georgia wird gemeldet: Am Dienstag abend umringte ein Pöbelhaufe das Haus des Negers Sam Padgett, dessen Sohn Flem verdächtigt war, eine weiße Frau vergewaltigt zu haben. Dem Pöbel wurde die Erlaubnis erteilt, das Haus zu durchsuchen. Doch als er eindrang, wurden Schüsse aus dem Innern des Hauses gefeuert und ein Weißer getötet, vier verwundet. Der Pöbel erwiderte das Feuer und tötete Sam Padgett, sowie seine Tochter und mehrere andere. Die Menge wartete dann auf Verstärkungen, und als Sam Padgetts Frau und Sohn ins Gefängnis abgeführt wurden, durchbohrten sie dieselben mit Kugeln.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Fröhlich in Halle.

Moderne Waschstoffe

Musselin-Imit., grosse Muster-Auswahl, hell- und dunkelgrundig Meter 60. 50. 42. 35 und 25 Pf.

Percale, vorzügl. Waschstoff, hell- u. dunkelgrundig, grosse Musterauswahl Meter 58. 48. 45. 33 und 30 Pf.

Kleider-Zephyr, solider Waschstoff für Blusen und Kleider, grosse Musterauswahl. Meter 85. 60. 50. 33 und 30 Pf.

Batiste u. Mull, Karos, Streifen, Tupfen und Fantasiemuster. Meter 1.00. 80. 60. 40 und 30 Pf.

Foulardine, seidenglänzendes Gewebe auf dunklem Grund, eleganter Waschstoff Meter 68. 58. 55. 48 und 45 Pf.

Organdy, duftiges Gewebe, Neuheiten d. Saison, aparte Muster Meter 1.20. 1.00. 85. 65 und 50 Pf.

Satin, elegante Wasch-Kleiderstoffe, seidenglänzende Gewebe, aparte Muster Meter 1.15. 95. 85. 75 und 68 Pf.

Woll-Musselin, beste Qualität, hell- u. dunkelgrundig, aparte Muster Meter 1.30. 1.15. 98. 88 und 75 Pf.

Kleider-Leinen, vorzügl. waschechte Qualitäten in weiss und allen modernen Farben, Meter 1.30. 1.15. 95. 85 und 75 Pf.

Wegen vorgerückter Saison

bis

25 %

Preisermässigung.

Grosse Posten

Damen-Blusen, Kostümröcke, Kostüme, Kleider, Seidene Liftboy-Jacketts, Staubmäntel, Schwarze Frauen-Paletots, Seidene Boleros, Paletots, Jacketts, Garnierte Damen-Hüte, Mädchen-Hüte, Kinder-Hüte, Knaben-Hüte, Herren-Hüte, Mädchen-Mützen, Kinder-Schärpen, Sonnenschirme, Weisswaren, Damen-Gürtel,

nur die hervorragendsten Neuheiten dieser Saison sind zu

enorm billigen Preisen

zum Verkauf gestellt.

Jedes Angebot ohne Konkurrenz!

Geschäftshaus **J. LEWIN,** Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Grösstes Kaufhaus der Provinz Sachsen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070526-17/fragment/page=0003

Möbel-Fabrik u. Magazin C. Hauptmann
Halle a. S. Kl. Ulrichstrasse 36.
„Kulanteste Zahlungsbedingungen."

Fahrräder

von **Mk. 70** an.
Fahrräder, **allerfeste** Qual., mit Freilf. u. Rücktrittbremse **A 115.**
1 Jahr **Garantie!**
Laufdecken von **3.00** M. an, **Luftschläuche** von **2.50** M. an.
Andere Fahrrad-Artikel, wie: **Lampen, Glocken, Pedale, Gummilösung** rc. billig.

Rich. Seidler Nachflg.,
neben dem Walhalla-Theater.

Holzpantoffeln, Pantoffelhölzer
en gros und en detail empfiehlt
Holzschuhfabrik Chr. Musche,
Gottesackerstr. 14.

Roßfleisch.

Diese Woche **prima fette Ware.**
Alles andere wie bekannt. Nur bei
Max Hitzschke,
Rossschlächterei m. elektr. Betrieb.
Kleine Ulrichstr. 29.

Auf Teilzahlung
monatl. b. 2 M. an erhalt. Sie Herren- und Damen-Uhren und -Ketten, **Regulateure, Schmucksachen, Musikwerke, Sprechapparat.,** Näh- u. Wringmaschinen, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Gardinen rc.
— Kein Laden. — **M. Thiele** Göbenstr. 1, p. r., Ecke Wuchererstr.

Möbel: Kleidersekretäre **26 Mk.** Vertikows **35 Mk.,** Spiegel m. geschl. Gl. **10 Mk.,** Sofas, Bettst., Matratzen, Tische, Stühle, Küchenmöbel billig zu verkaufen.
August Hesse, Geiststr. 31.

Futter-Kartoffeln,
gesunde, gut mehlig kochende Ware, gibt ab
R. Gödecke, Martinstr. 24. Fernruf 2802.

Frische Knickeier
4 Stück 10 Pf.
Spezial-Eier-Gross-Geschäft
7 Talamtstraße 7.

Nur Rathausstrasse 15.
Tapeten,
weit unterm Selbstkostenpreis.
Linoleum,
2 Mtr. breit à Mtr. 2.50 Mk.
Läufer: 110 cm br., à m 1.50 M., 90 cm br. 1.00 M., 70 cm br. 80 Pf., 60 cm breit 70 Pf.
Wachstuch billig.

Photo- Apparate 1. Klasse ohne einen Pfennig Aufschlag gegen bequemste **Monatsraten.** Neueste Modelle. Illustr. Katalog gratis u. franko
Otto Jacob sen.
Berlin 25, Friedenstrasse 9.

Achtung! Nietleben u. Umg.
Sprechmaschinen, Musikinstr., Nähmasch., erstkl. Fahrrad., phot. Apparate u. Bedarfsart., Herren- u. Damen-Uhren u. Ketten, Freischwinger m. ff. Gang u. Dämpfung, Regulateure i. all. Preisl. empfiehlt **Vertr. Alb. Böge,** preiswert
Nietleben, Heidestrasse 2.
A. W. Teifzahl. i. bequ. Monatsr.

ff. Speise-Leinöl, ff. Speise-Rüböl,
stets frisch, offerieren billigst
Gebr. Luckau, Bernhardystrasse 2.

---

5 Prozent Rabatt auf alle Waren.

Billigste Bezugsquelle.

Mitgl. des Rabatt-Spar-Vereins.

Grosses Lager:
Eisschränke
Gasherde
Gaskocher
Petroleumkocher
Spirituskocher
Reisekörbe
Marktkörbe
Küchen-Garnituren
Waschmaschinen
Wringmaschinen
Wäschemangeln.

Grosse Auswahl:
Speisenschränke
Butterkühler
Bolzenplätten
Glühstoffplätten
Gasplätten
Spirituosplätten
Konservengläser
Gurkenhobel
Brotkapseln
Gazeglocken
Einkochapparate.

Aufgestellt 2 Musterküchen.

Anfertigung emaillierter Tür- und Strassenschilder in allen Grössen.

Zurückgesetzte **emaillierte** Geschirre zu **extra** billigen Preisen.

Burghardt & Becher Leipzigerstrasse 10.

Deutschlands grösstes Spezial-Geschäft für emaillierte Haus- u. Küchengeräte.

Bierdruck-Apparate
in all. Ausführungen empf. billigst
Karl Berger,
Ältestes u. größtes Geschäft. Halle
Gottesackerstr. 10. — Tel. 750.

Zeitz.
Möbel-Ausstattungen
empfiehlt preiswert
Arno Schneider & Co., Schlitzerstr. 4.

Die Neue Zeit.

Wochenschrift der deutsch. Sozialdemokratie.
Es sollte niemand versäumen, auf **Die Neue Zeit** zu abonnieren.
Vierteljahrs-Abonnement 3.25 Pf. Einzel-Nummer 25 Pf.
Bestellungen nehmen entgegen alle Austräger und die
Volks-Buchhandlung,
Harz 42/43.

Lumpen, Knochen, Papier, Eisen, Metalle, Gummi kauft
Albert Bode jun., Gr. Klausstr. 23.

Werkzeuge, Eisenwaren
in nur gut. Qualität empfiehlt
Paul Schneider Merseburgerstraße 4.

Mehr und mehr

wird es bekannt, dass man bei mir am **billigsten** und **besten** auf

Kredit

kauft. Meine **Kulanz,** meine **bedeutend herabgesetzten An- und Abzahlungen** sind derartig überraschend, dass ein Versuch bei mir jeden zu meinen ständigen Kunden macht. Sie erhalten:

Anzüge	Anz. v. M. 2 an,	wöchentl. M. 1			
Ueberzieher	„ „ „ 7 „	„ „ 1			
Damen-Jacketts	„ „ „ 4 „	„ „ 1			

usw.

Bessere Zimmer-Einrichtungen
in jeder Preislage.
Bettstellen, Matratzen, Schränke, Vertikows, Kommoden, Sofas, Divans etc.
von **3 Mk. Anzahlung** an.

Ferner:

1 Zimmer von Mk.	6	Anzahlung an	
2 „ „ „	13	„	„
3 „ „ „	20	„	„

usw.

Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche, sowie sämtliche Manufakturwaren.
Kinderwagen von 4 Mk. Anzahlung an.
Alles in dem beliebten und modernen
Möbel- und Ausstattungsgeschäft

N. Fuchs

Halle a. S., Grosse Ulrichstrasse 58, I. u. II. Etage.

Sprichwörtliche Kulanz! — Kredit auch nach auswärts!

Restaurant und Gartenlokal
Deutscher Hof, Passendorf,
empfiehlt seine neu eingerichteten Lokalitäten zur gefl. Benutzung.
ff. Günthersche Biere.
Vorzüglicher Kaffee, wie bekannt gute billige Speisen.
A. Gerber.

Grothe's Vereins-Haus „Zum Weissen Ross"

Weisses Ross.

Sonntag den 26. Mai
gemütl. Frühschoppen,
bei günstigem Wetter im zugfreien Garten.
Im Saale nachmittags:
gr. Familien-Kränzchen.
Für alle sonstigen Bedürfnisse ist bestens gesorgt.
Zu regem Besuche ladet hierzu Freunde und Bekannte bestens ein
Familie Grothe.

Altenburger-Hof

Alter Markt,
Eingang Kutschgasse.
Morgen, Sonntag
Grosser
Unterhaltungs-Abend
durch
Gebr. Henry.
Hierzu ladet frdl. ein
Oskar Oberlaender.

Gasthof z. d. 3 Königen.
Sonntag:
humor. Familien-Abend.
Bei günstig. Witterung i. Garten.
F. Streicher.

„Trothaer Schlösschen."
Jeden Sonntag:
Frei-Konzert.
Preiskegeln. — Preisschiessen.

Familien-Klub Immer fidel.
Sonntag den 26. Mai 1907
im Konzerthaus, Karlstraße 14,
Kränzchen.
Anfang 3½ Uhr.
Es ladet frdl. ein **P. Forst.**

Bürger-Erholung, Zeitz.
Empfehle morgen Sonntag zum
Gesellschaftskränzchen
kalte u. warme Speisen
sowie **hochfeine Biere.**
Grabenbst **H. Seydel.**

Sauerkohl.
ff. Sauerkohl à Pfd. 5 Pfg., selbstgekochtes **Pflaumenmus** à Pfd. **20 Pfg.,** schöne harte saure Gurken zu billigst. Preise empf.
A. Reinhardt, Ackerstr. 5.

Hobelbänke mit Holz- u. Eisenspind., sowie Furnierböcke stets vorrätig bei **Ad. Landmesser,** Taubenstraße 9.

Zöpfe i. a. Farben verk. billig, fertigt auch von ausgek. Haar an **Emil Stemmler, Glauchaerstr. 79.** Das. w. ausgek. u. abgeschn. Haar gef. a. weiß u. grau.

Mehrere Steinsetzer werden sofort gesucht.
Nietleben, Kröllwitzerstr. 28.

Käuer und Förderleute
finden bei hohem Lohn **sofort Beschäftigung** auf Grube
Frohe Zukunft, Hötzlich,
bei Halle a. S.

1 Schuhmacher auf Wochenlohn sofort gesucht.
G. Rösch, Zeitz, Altmarkt Nr. 8.

Grube von der Heydt
bei Ammendorf.
Förderleute ges.
Vom 1. Mai ab ist daselbst Schlafhaus für ledige Leute vorhanden.

Tischmesserschleifen 10 Pfg. Scherenschleifen 10 Pfg.
C. Prouss, Gr. Ulrichstraße 2.
Geöffnet v. früh 7—8 Uhr abends.

Räumfuhren nimmt an
R. Wellmann, Bernhardstr. 9.

Räumfuhren jeder Art bes. bill.
Alb. Ackermann, Mühlbergl 10.

Nur echte
Henkel's Bleich-Soda
Garantirt chlorfrei
nicht hell blendend weisse Wäsche

Damentäschchen

mit Kettenhenkel
0.45, 0.60, 1.—, 1.25, 2.— M.
Fantasietäschchen
3.—, 4.—, 5.— bis 15.— M.
Perltäschchen
1.—, 2.—, 3.— bis 18.— M.

C. F. Ritter,

Halle a. S., Leipzigerstr. 90.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070526-17/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 120. Halle a. S., Sonntag den 26. Mai 1907. 18. Jahrg.

Gelb ist Trumpf.

Im Reiche Ballins, der alten Hansastadt Hamburg, generalversammelten sich während der Pfingsttage die Delegierten des neugegründeten Bundes „vaterländischer Arbeitervereine". 100 Delegierte, die „37 vaterländische Arbeitervereine aus allen Gauen Deutschlands" vertreten sollen, wollten den roten Hamburgern beweisen, daß noch „Treue zu Kaiser und Reich" in Deutschland vorhanden ist, daß die Pflege der „Liebe zum Vaterland" die höchste Aufgabe eines „Arbeitervereins" sei. In dem Sinne telegraphierte man auch „ehrerbietigst huldigend" an Bülow und an den Kaiser. Die erwarteten schönen Antworten blieben denn auch nicht aus.

Für Kaiser und Vaterland, diese Devise zog sich durch die ganzen Verhandlungen. Von gewerkschaftlichen Interessen, Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, war nichts zu hören. Desto mehr wurde vom **Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen die roten Gewerkschaften** geredet. Das aber ist kein Wunder. War es doch **ein Sekretär des Reichsverbandes**, der frühere Bergarbeiter Ermert, der die Referate hielt. In den „grundlegenden Bestimmungen" des Verbandsstatuts heißt es, daß der Bund die Bestimmung habe, alle treu zu Kaiser und Reich stehenden Männer zum Kampf gegen die politisch wie wirtschaftlich irreführende Sozialdemokratie zu vereinigen. Gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, friedliche Verhandlung ohne Arbeitseinstellung sollen die Wege sein, die einzuschlagen sind. Unternehmer und Arbeiter sind **natürliche Bundesgenossen**, so „begründete" der Reichsschwindelverbandsagitator.

So ganz einverstanden war nun ein Teil der Anwesenden mit den Ausführungen Ermerts nicht. Das zeigt folgende Stelle aus der Diskussion:

Dunkel-Muskau führt aus, daß, solange das Unternehmertum noch Tausende von Arbeitern auf die Straße werfe, gleichviel ob internationale oder nationalgesinnte Arbeiter, die einzige Waffe der Streik sei. Nur durch den Kampf der Gewerkschaften seien die Arbeiter in die heutige Lebenslage gebracht. Solche Tatsachen könne man nicht einfach aus der Welt dekretieren. Er würde nicht den Mut haben, vor die Arbeiter hinzutreten und zu sagen, daß man mit dem Koalitionsrecht nur spielen solle. — Kracht-Marburg: Wir können nicht die Sozialdemokratie im ganzen bekämpfen, dann wären wir ja keine Arbeitervereine mehr. Wir können die Sozialdemokratie nur insoweit bekämpfen, als sie gesellschaftsfeindlich und gegen Kaiser und Reich ist. Soweit sie aber für die Besserstellung der Arbeiter eintritt, müssen wir uns mit ihr identifizieren. — Mehrere andere Diskussionsredner erklären es für unmöglich, den Streik ganz auszuschalten oder die Bekämpfung **des Sozialdemokratie für die Hauptaufgabe des Verbandes zu erklären.** — Werftarbeiter Berger-Kiel: Unser Verband sollte überhaupt nicht wirtschaftlich sondern nur politisch die Sozialdemokratie bekämpfen. Wenn wir wirtschaftliche Fragen berühren, stoßen wir Tausende nationalgesinnter Arbeiter von uns ab, die es sich nicht nehmen lassen wollen, den Kampf gegen das Unternehmertum mit aller Energie zu führen.

Die Statuten wurden schließlich „mit einem Hoch auf das **„geliebte deutsche Vaterland"** angenommen. In der patriotischen Begeisterung wurde eben alles „angehocht".

Auch am zweiten Tage ließ der Reichsschwindelverbandsagitator seine Tiraden los. Dem Sinne nach redete er dasselbe wie am Tage zuvor. Der Vorsitzende, Schaper-Hamburg, erklärte, es komme besonders darauf an, die Gewalthertschaft der roten Gewerkschaften zu brechen. Auch hierbei spielte sich eine hübsche Episode ab. In der Diskussion erklärte

Höfke-Kiel: Ich kann nur wiederholt davor warnen, daß wir uns in die wirtschaftlichen Kämpfe einmischen. Das sollten wir z. B. den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen überlassen, die schon seit vierzig Jahren in den wirtschaftlichen Kämpfen die Grundsätze verfechten, die wir jetzt aufstellen wollen. Wir können nur ein politischer Kampfverein gegen die Sozialdemokratie sein, sonst treiben wir einen neuen Keil in die nationale Gewerkschaftsbewegung. Wo sich nationale Arbeitervereine als wirtschaftliche Verbände gegründet hätten, wären sie nur den Arbeitern in den Rücken gefallen, die ernsthaft an der Verbesserung ihrer Lebenslage gearbeitet hätten. (Teilweiser Beifall, lauter Widerspruch.) So sei es auf den Howaldtswerken in Kiel gewesen, bei Siemens-Schuckert und in Magdeburg. Der neue Bund dürfe keine Streikbrecherorganisation werden. Kampf gegen die roten Gewerkschaften, aber freiheitliche Berufsvereine. Keine gelben Gewerkschaften von Streikbrechern. (Anhalt. Unruhe.)

Vors. Schaper: Es ist ein unerhörter Vorgang, daß sich nach unseren Friedensbeteuerungen hier ein Hirsch-Dunckerscher unter falscher Flagge einschleicht, um gegen den Bund Propaganda zu machen. (Beifall.) — Höfke-Kiel: Der nationale Arbeiterverein für Kiel und Umgegend von 1898 hat mir die Weisung mitgegeben, falls der Bund vom politischen aufs wirtschaftliche Gebiet übergreift, nicht mitzumachen. — Ermert-Waldenburg: Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine können nichts leisten. Sie liegen seit ihrer Gründung im Sterben und haben keine 100 000 Mitglieder. — Vors. Schaper: Es liegt also so, daß wir einem beabsichtigten Komplott gegen den Bund gegenüberstehen. Mit Leuten, die sich als unsere Gäste so unerhört benehmen, diskutiert man am besten gar nicht mehr.

Großartig. Ein wirklich „vaterländischer" Delegierter, der in der Eile unangenehme Wahrheiten ausplaudert, wird schnellstens mundtot gemacht. Und diese **gelben Terroristen** wollen sich über den angeblichen Terrorismus der Roten entrüsten! Der Reichsverband wird mit dieser Gründung ziemlich schnell Fiasko machen. Scharfmacher, Reichsverband und Gelbe! Ein Dreigestirn, welches Deutschland noch mehr diskreditieren wird. Die klassenbewußten Arbeiter werden dem Wirken dieser Dreieinigkeit mit voller Ruhe zusehen. Ihnen wird sie keinen Schaden bringen!

Halle und Saalkreis.

Halle, 25. Mai.

Zur Berufs- und Gewerbezählung.

Unter Bezugnahme auf die Erläuterungen zur Handhabung der Formulare zur bevorstehenden Berufs- und Gewerbezählung in Nr. 115 des Volksblattes geht uns vom hiesigen statistischen Amt noch folgende Ergänzung zu:

Falls mit einer Haushaltung ein Gewerbebetrieb verbunden ist, muß neben der Haushaltungsliste ein Gewerbeformulav oder ein Gewerbebogen ausgefüllt werden. Das Gewerbeformular kommt zur Anwendung, wenn der Inhaber des gewerblichen Betriebes, einschließlich seiner selbst, höchstens drei Personen beschäftigt, keine Umtriebsmaschinen, Motorwagen, Dampfkessel, Dampf- und Segelschiffe verwendet, und außerhalb seiner Betriebsstätte keine Personen in Arbeit hat. Werden von einem Inhaber mehrere Gewerbe betrieben, so ist für jeden Betrieb ein Gewerbeformular auszufüllen. Wenn mehrere Inhaber für einen Betrieb vorhanden sind, so hat nur einer von ihnen das Gewerbeformular auszufüllen.

Wenn eine Person mehrere Gewerbe (z. B. Gastwirtschaft und Bäckerei) betreibt, und die Angaben für jedes Gewerbe gesondert auf je einem Gewerbeformular macht, so hat sie die von ihr beschäftigten Angestellten auf die einzelnen Gewerbebetriebe in der Weise zu verteilen, daß jedem der Betriebe die Angestellten zugewiesen werden, die in ihm hauptsächlich beschäftigt werden.

Wesentlich ist, daß jeder Angestellte überhaupt nur einmal aufgeführt wird.

Im Falle, daß das Kontor und die Räume des Gewerbebetriebes nicht zusammenliegen, ist das Kontor als Sitz des Betriebes anzusehen und in ihm das Gewerbeformular vorzulegen.

Erläuterung bedarf die Stellung des Hausgewerbetreibenden bezw. Heimarbeiters.

Wer für fremde Rechnung in seiner eigenen Wohnung bezw. in selbstgemieteten Räumlichkeiten, für Fabrikanten, Verleger und Kaufleute, namentlich Kleider-, Wäsche- und Kurzwarengeschäfte arbeitet, hat sich als Gewerbetreibender in das Gewerbeformular einzutragen. Dabei ist gleich, ob die Heimarbeit als Hauptberuf oder als Nebenerwerb, z. B. von verheirateten Frauen neben der Hauswirtschaft, ausgeübt wird. Nicht von Belang für die Ausfüllung ist, ob das Halbfabrikat oder Rohmaterial vom Verleger bezw. Kaufmann geliefert wird („Heimarbeiter"), oder der „Hausgewerbetreibende" sich das ganze zur Verarbeitung gelangende Material selbst auf eigene Kosten beschafft, um es fertiggestellt an den Verleger abzuliefern.

In der nächsten Besprechung wird der „Gewerbebogen" zu erörtern sein.

Zur Situation des Streiks im Baugewerbe.

Von der Streikleitung der Maurer geht uns folgender Bericht zu:

Wie schon gestern mitgeteilt wurde, hat der Bauunternehmer Friedrich Püchel, Königstraße wohnhaft, den in der Reilstraße belegenen Neubau des Kaufmanns und Musiklehrers Beyer in Akkord übernommen. Der Unternehmer P. hatte nun, so wie jeder andere Unternehmer, die Lohnforderung der drei Bauberufsorganisationen zugestellt bekommen. Er lehnte aber ebenfalls wie die übrigen Scharfmacher die Bewilligung ab. Der frühere Kollege Püchel, der ja seinen Kredit zum größten Teil seinen früheren Organisation zu verdanken hat, hatte sich inzwischen an die Rockschöße der Scharfmacher im Arbeitgeberverbande geklammert. Um nun auch im Lichterglanz zu erscheinen, mußte er ein reaktionäres Kunststückchen als Examen zur Erlangung der nötigen Würde im Arbeitgeberverband machen. Er gab deshalb den ersten reaktionären Salutschuß ab, indem er die erste Wagenladung italienischer Kulis nach Halle beförderte als anfeuerndes Beispiel für die andern seinesgleichen. Mit diesen liebenswürdigen, anspruchslosen Geschöpfen wird nun der frühere Hallesche Maurergeselle im Schweiße seines Angesichts harmonisch weiter produzieren, bis seine früheren Kollegen zu Kreuze kriegen. Auch der Bauherr Beyer ist so liebevoll geworden, daß er in recht fürsorglicher Weise reichlich für herrschaftliches Logis sorgte, indem er seinem Geschäftspächter Töpfer die Niederlagsräume unter dem Vorwande abmietete, er wolle Möbel in diese Räume unterstellen. Herr Töpfer, der jetzige Geschäftsinhaber, trat zwar bereitwilligst diese Räume ab, bedauert jetzt aber, daß er den Schritt getan hat, denn er glaubt, daß der ausländische Seuchengeruch sich auf seine Waren übertragen könnte, die ja dicht an die „Wohnräume" der Streikbrecher angrenzen, und dann die Konsumenten aus Furcht vor der Seuchengefahr das Geschäft meiden und ihren Bedarf in andern Geschäften decken. Auch die Anwohner werden jedenfalls Herrn Beyer für diese Nachbarschaft recht dankbar sein (oder nicht?), da diese braunen Söhne des Südens ihre Sitten und Gebräuche (dazu gehört auch das Verrichten der Notdurft zum Fenster hinaus) wie es scheint auch hier einbürgern wollen. Zu verwundern ist, daß die zuständige Behörde dem Herrn Beyer die Erlaubnis erteilt haben soll, die Lagerräume als Unterkunftsräume, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienen, benutzen zu dürfen. Jeder Bürger hat wohl das Recht, darüber eine Aufklärung zu fordern, da die baupolizeilichen Bestimmungen außer acht gelassen worden sind, weil diese Räume nicht im geringsten dem Gesetze entsprechen. Wenn die Scharfmacher glauben, die Streikenden durch solche Manipulationen zu beirren, so haben sie die Rechnung ohne die Halleschen Maurer gemacht. Das Heranziehen von ausländischen Streikbrechern wird sie nicht aus ihrer peinlichen Situation befreien, denn die Erfahrungen haben es ja gelehrt, daß ein derartiger Ersatz von Arbeitskräften nur einmal den Notnagel bildet. Die Herren seien nur an die Ausführungen ihres Kollegen Lummert erinnert, der in einer Versammlung im Mai des vorigen Jahres in den Kaisersälen wörtlich sagte: „Die Heranziehung auswärtiger Arbeiter (Italiener), hat sich als ein mangelhaftes Mittel erwiesen. Gute Arbeiter aus dem Inlande sind bei der gut funktionierenden Organisation der Arbeiter nicht zu haben. Ausländer sind in vielen Fällen schlechte Arbeiter, sie verderben viel und leisten wenig, weil sie mit den örtlichen Anforderungen und Materialien nicht vertraut sind." Auch sprachen sich sämtliche Redner in der Versammlung im Sinne des Referenten aus. Das genügt wohl? Maurermeister Bode ist ebenfalls auf der Suche nach solchen Sklaven. Wir wünschen ihm viel Glück dazu.

Wie jetzt beim Eintreffen der Italiener die Unternehmer bei dem immer schärfer werdenden Kampfe die öffentliche Macht zu unterstützen suchen, hat sich an dem Püchelschen Bau am Röderberge gestern abend gezeigt, indem sie behilflich sind, die Zuschauer von der Straße weg zu sistieren. Besonders tat sich der Zimmermeister Schulze hervor. Er hat ja auch alle Ursache dazu, weil er auf die für obengenannten Bau von streikenden Zimmerern verlassene Arbeit reflektiert. Man geniert sich sogar nicht, Streikbrecher an andere Unternehmer liefern zu wollen. Daß bei p. Schulze die Arbeit für seine Arbeitswilligen klamm wird, ist von ihm selbst auf der Ulrichstraße erzählt worden, aber man behilft sich eben, wenn es auch teuer wird. Die Streikbrecher sind förmliche Leckerbissen für den guten Magen des Unternehmers. Bei dem Kampfe der Zimmerer hat man zu verzeichnen, daß gerade die unfähigsten Leute, welche in Friedenszeiten von den Krautern gar nicht eingestellt, mit Kußhand empfangen werden.

Beim Maurermeister Pfeiffer ist ein Zimmererpolier Arnold, welcher besser einmal das Buch Knigges, Umgang mit Menschen, studieren möchte, denn er behandelt die dort befindlichen Arbeitswilligen nicht so, wie sie es als „nützliche Elemente" eigentlich beanspruchen könnten. Daß sie sich das gefallen lassen, ist aber der beste Beweis dafür, daß man solchen Elementen alles bieten kann.

Giebichenstein im Belagerungszustande.

Was kein Verstand des Verständigen sieht, das findet mit Einfalt ein kindlich Gemüt, nämlich, daß durch Hereinbringung des fremden Elements in die Bauarbeiterbewegung der Kampf schärfere Formen annehmen würde. Die Schuld liegt nicht auf seiten der Arbeiter. Und so sahen wir denn auch gestern am ersten Tage der Tätigkeit der Italiaños auf dem Beyerschen Neubau an der Reilstraße, daß schon von vormittag ab unsere Jugend sich sehr für das verwerfliche Treiben der Streikbrecher interessierte. Warum auch nicht? Die Kinder der Arbeiter haben doch direkt darunter zu leiden, wenn solche willfährige Gesellen dem protzigen Unternehmertum Raubritterdienste leisten und dadurch den Sieg der einheimischen Arbeiterschaft erschweren und hinausschieben. Den Kindern gesellten sich Frauen zu, die mit gerechter Entrüstung ihrem Herzen Luft machten. Und so war schon den ganzen Nachmittag sowohl die Reilstraße wie die Wittekindstraße voll von neugierigen Frauen und Kindern. Die Polizisten hatten Mühe, Fluß in die Massen zu bringen.

Gegen abend schwoll die Volksmenge immer mehr an, worunter sich nun auch Männer befanden, und es wurde schwerer, den Platz vor dem Bau freizuhalten. Das schien aber die Hauptaufgabe der Polizei zu sein. Es kam nun zu den unausbleiblichen Reibungen, die die Erregung steigerte, bis die erste Verhaftung erfolgte. Diese wurde von Geschrei und Pfeifen der Jugend begleitet, brachte aber, wie es scheint, die Polizisten, die Verstärkung erlangt hatten, in noch größere Erregung. Als dann die beiden Bauunternehmer gegen 6 Uhr den Bau und in einer Droschke schleunigst den Schauplatz ihrer Tätigkeit verließen, drängten sich einige Personen auf

Wegen vorgerückter Saison also zum Teil

Preisermässigung 10 bis 50% bis zur Hälfte.

Damen-Blusen, Kleider, Röcke, Kostüme, Staub- und Reisemäntel, Paletots, Jacketts etc.

Eugen Freund & Co. Halle a. S., Leipzigerstr. 5 — nahe am Markt. —

Souterrain, Parterre und I. Etage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070526-17/fragment/page=0005

den Neubau. Diese wurden, soweit sie zu erreichen waren, verhaftet. Dann versuchte die verstärkte Polizeimacht unter Führung des Wachtmeisters (der sogar von dem angrenzenden Restaurateur verlangte, er solle seine Gäste aus dem Lokale bezw. Garten hinausweisen) und des Kommissars die Reilstraße und Wittekindstraße zu säubern. Daß es dabei nicht ohne Liebenswürdigkeiten abging, versteht sich am Rande. Und daß die Polizei bei den nun folgenden zahlreichen Verhaftungen immer den Unrechten erwischte, ist das angeborene Unglück der Polizei. Aber auch Fesselungen wurden vorgenommen, nach Ansicht der Augenzeugen zu Unrecht. Doch sei dem wie ihm wolle.

Das zahlreiche Polizeiaufgebot hat gerade das Gegenteil von dem bewirkt, was erreicht werden sollte. Und daß man heute morgen vor 6 Uhr schon zahlreiche Polizisten auf Straßen kommandierte, die sonst die ganze Zeit keinen zu sehen bekommen, und daß die Reilstraße bezw. der strittige Neubau immer unter Doppelposten steht, ist ein überflüssiges Beginnen, bürdet den Polizisten nur längeren Dienst auf und bringt sie in eine künstliche Erregung. Mag man aber so viel Polizisten, daß sie bei einem Lohnkampfe zugunsten des Unternehmertums und der Streikbrecher Verwendung finden, dann kann man sie besser dahin schicken, wo sie nötiger sind, wie z. B. nach dem Galgenberge, wo sich teilweise die reinen Galgenvögel herumtreiben.

Wie uns nachträglich noch mitgeteilt wird, haben auf Befehl des Kommissars die Gäste der Restaurateure Koch und Lüsm ihr Bier austrinken und die Wirte ihre Lokale schließen müssen. Ob zu dieser Maßregel die Polizei berechtigt ist, möchten wir stark bezweifeln, da sich die Polizeigewalt doch nicht so weit erstreckt, Wirte in ihrer Erwerbstätigkeit zu schädigen, weil zufälligerweise gerade vor diesen Lokalen irgend ein kleiner Krawall entstanden ist.

Der arbeitenden Bevölkerung, den Frauen und Kindern aber möchten wir dringend ans Herz legen, den so empfindlichen Platz vor und hinter dem Beyerschen Neubau zu meiden, um nicht Gelegenheit zu geben, daß die Polizei nochmals einschreiten kann. Man bedenke, der Polizeisäbel sitzt locker in der Scheide. Und manches ist schon unglücklich geworden durch eine unbedachte Handlung. Ueberlasse man die Streikbrecher, die von der Situation durch ein Flugblatt unterrichtet sind, und deren Importeure der gerechten Verachtung aller anständigen Menschen.

Wie Agrarier wirtschaften.

Das hiesige konservative Organ, die Hallesche Ztg., wollte in ihrer Sonntagsausführung über die Einrichtung von Fleischverkaufsstellen das Verkrachen der Berliner Milchzentrale indirekt dem Boykott der linksliberal-demokratischen Feinden der Ordnung in die Schuhe schieben. Wer aber daran schuld hat und wie in dieser Genossenschaft von den unentwegten Agrariern gewirtschaftet worden ist, darüber gibt die Freis. Ztg. in ihrer letzten Nummer zur rechten Zeit die nötige Aufklärung. Von wissender, also eingeweihter, Seite wird dem Blatte geschrieben:

„Das gegen die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Milchzentrale schwebende Verfahren hat neuerdings wieder verschiedene für unser Agrariertum recht peinliche Vorgänge an den Tag gebracht. Die von den geschädigten märkischen Bauern seit Jahren vorgebrachten Klagen über Bilanzverschleierungen sind jetzt durch die Aussagen des Leiters der Buchhalterei bei der Milchzentrale in vollem Umfange bestätigt worden. Nach dieser Bekundung wurden die — inzwischen viermal bezüglich dreimal geänderten — Bilanzen nach den Anweisungen des verstorbenen Agrarierführers Ring mit einem im voraus beorderten Ergebnis aufgestellt, so daß zum Beispiel für das eine Jahr unter allen Umständen ein Ueberschuß von 80 000 Mk. zu Abschreibungen vorhanden sein mußte, in einem andern Jahre die Unterbilanz nicht mehr als 9 Mk. auf jeden Geschäftsanteil betragen durfte. Während dieselben Jahresbilanzen in ihrer neuesten Gestalt Ueberschuldungen in Höhe von mehreren Millionen Mark aufweisen, wurden die günstigen Ergebnisse bei Lebzelten Rings buchmäßig in der Art zustande gebracht, daß man völlig wertlose oder überwiegend wertlose Forderungen an ihre Untergenossenschaften zum Nennwerte als Aktiven einstellte, überdies Zahlungen, die am Ende eines Geschäftsjahres geleistet wurden, auf den Beginn des folgenden Jahres datierte und dementsprechend buchte, andererseits Eingänge, die in den ersten Tagen eines Geschäftsjahres erfolgten, noch unter den Einnahmen des vorangegangenen Jahres aufführte."

Nach diesen Ausführungen ist das ganze Unternehmen seit Jahren direkt auf Schwindel und Betrug aufgebaut gewesen. Es bedurfte also nicht erst eines Boykotts, um dieses Schwindelunternehmen zum Krachen zu bringen. Der Agrarierhäuptling Ring ist gerade zur rechten Zeit gestorben, sonst hätte er wie sein ehemaliger Freund Hammerstein von der Kreuzztg. schließlich auch noch das Gefängnis mit seiner Gegenwart beehren müssen. Ja, man kann zwar ein großer Agrarierführer sein, dabei aber ein recht schlechter Geschäftsmann.

* **Folgende gefundenen und verlorenen Gegenstände** wurden in der Zeit vom 1. bis 15. Mai bei der Polizei abgegeben bezw. angemeldet:

Gefunden: 1 kleine goldene verschlungene Brosche mit Opal, 1 Schüler-Brille, 1 braunes Lederportemonnaie mit Inhalt, 1 schwarzseidener Damen-Regenschirm mit gelbem Schlangengriff und ein kleines Geldtäschchen, 1 weiße Tasche von Stahlperlen, 1 blaugestreiftes Vorhemd, 2 rote Kindertaschentücher, 1 Paar graue Strümpfe, 1 gelbe runde Brosche mit Photographie, 1 heller Sonnenschirm mit weißen Spitzen, 1 Zigarrenetui, 1 Damen-Regenschirm mit bunter Kante, 1 goldenes Ketten-Armband mit Anhängsel.

Verloren: 1 goldenes Gliederarmband mit Perlen besetzt, 1 schwarzes Handtäschchen mit Schlüsselbund, 1 Portemonnaie mit 21 Mark, 1 Lotterielos und 1 Taschentuch, 1 rotes Lederportemonnaie mit zirka 140 Mark Inhalt, 1 goldene Damenuhr mit silberner Kette, 1 schwarzes Lederportemonnaie mit 40 Mark Inhalt, 1 goldenes Kettenarmband, 1 vierreihiges Korallen-Armband mit goldenem Schloß und drei Korallen, 1 schwarze Damenuhr mit kurzer goldener Kette und Medaillon, 1 goldene Damenuhr ohne Kette, 1 goldener Damenring mit Diamant, 1 goldener Trauring, gez. H. E. 6. 9. 87, 1 goldene Damenuhr mit kurzer Stahlkette und Anhängsel, 1 Sparkassenbuch über 7 Mark Einlage, 1 braunes Portemonnaie mit zirka 7 bis 9 Mark Inhalt und 1 Zettel, 1 silberne Anker-Remontoir-Uhr mit Nickelkette und Anhänger Nr. 549 352, 1 rotes Damenportemonnaie mit zirka 7 Mark Inhalt, 1 goldener Trauring, gez. H. K. 17. 5. 74, 1 rotes Damenportemonnaie mit zirka 4 Mark Inhalt, 1 Taschenkalender und 1 Gutschein, 1 graugrünes Lederträschchen mit grünem Portemonnaie und 12 Mark Inhalt, 1 Taschentuch, gez. E. L., 1 Schlüssel, 1 Handschuhbons von Siebert, 1 braunes Lederportemonnaie mit 4 Mark Inhalt, 1 braunes Handtäschchen, 1 braunes Damenportemonnaie mit zirka 15 Mark Inhalt und 15 Pf.-Marke, 1 grünes Leder-Geldtäschchen mit 2 Mark, zwei Schlüssel, 1 Taschentuch, 1 silberne Taschenuhr mit Weinglykel und Dedikation, 1 silberne Herren-Remontoir-Uhr mit gelber Kette 5 344 229, 1 goldene Damenuhr mit schwarz emailliertem Deckel ohne Kette, 1 silberne Herrenuhr mit der Bezeichnung: Krells Spezial Düsseldorf, ohne Kette.

* **Neue Erfindungen.** Wochenbericht vom Patentbureau Kipp & Büttner, Hamburg, Glockengießerwall 21, über: Patenterteilungen: 186 684. Entleerungs-Vorrichtung für Schleudern, insbesondere für die Zuckerindustrie; Zus. z. Pat. 185 651; Wilh. Haase, Halle. — Gebrauchsmuster-Eintragungen: 305 932. Eisgenerator mit mehreren horizontal eingebauten Zwischenböden; Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei, Halle. — 306 604. Bartbinde mit in Führungen einzuschiebenden, gebogenen Bürsten; Rob. Franz Bauer, Halle. — 306 207. Gewürzmühle mit die Reibwalze reinigender Bürste; Edmund Gärtner, Merseburg. — 306 212. Schmiedeeiserne Fenster mit sich kreuzenden Profil- und Bandeisensprossen; Albert Merz, Halle. — Das Bureau erteilt unsern geschätzten Lesern Rat und Auskunft in allen Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Angelegenheiten kostenlos.

* **Achtung! Handels- und Transportarbeiter!** Bei der Firma Max Graßmann, Rohprodukten- und Alteisenhandlung, Liebenauerstr. 70, haben zwei Geschirrführer und zwei Arbeiter die Arbeit niedergelegt wegen unberechtigter Entlassung eines Kollegen.

* **Herr Alfred Lange,** Kaufmann, Kleine Ulrichstraße 26, teilt uns berichtigend mit, daß er bei dem Transport der italienischen Streikbrecher keine Führer- oder Handlangerdienste geleistet habe. Er sei infolge geschäftlicher Angelegenheiten zufälligerweise auf dem Bahnhof gewesen und stehe dem Transporte der Italiener vollständig fern. Herr Lange versichert, keinerlei Sympathie für Italiener zu haben.

* **Ein sonderbares Enteignungsverfahren** wendete Herr William Pfeiffer, seines Zeichens „Bauführer", gegenüber den Abbruchs-Unternehmern Uhde & Wirt auf dem Grundstück der alten Schäferei, Seebenerstraße 65a, an. Am 1. Pfingstfeiertage früh 1/6 Uhr, als andere Menschenkinder sich zu einer fröhlichen Pfingstfahrt rüsteten, sahen Nachbarn, wie Herr Pfeiffer mit Hilfe eines Arbeiters und eines Lehrlings abgebrochenes Bauholz der Herren Uhde & Wirt fortnahm und nach seinem Pferdestall schaffte. Die Frauen benachrichtigten die Benachteiligten, die herbeigerufene Polizei förderte dann am Abend des 22. Mai das angeblich wegen anderweitiger Preisregulierung zu Unrecht mit Beschlag belegte Holz aus dem Stalle heraus und stellte es dem rechtzeitigen Eigentümern zu. Sonst wirft man immer nur uns bösen Sozialdemokraten Expropriationsgelüste vor, man sieht aber, praktisch wird die Enteignung von ganz andern Leuten betrieben, die wir nicht einmal in unsere Gemeinschaft aufnehmen würden, selbst wenn sie es wollten.

* **Radfahrerunfug.** Jetzt, während der Zeit der abendlichen Spaziergänge, mehren sich auch die Fälle, wo Radler in rasender Eile auf den Straßen dahinsausen. So konnte man gestern abend in der sechsten Stunde auf der Volkmannstraße beobachten, wie mehrere Radler in geradezu wahnsinniger Hast die Straße passierten, die zahlreich dort spielenden Kinder der Gefahr des Ueberfahrenwerdens aussetzend. Ein Passant, der den dort postierten Schutzmann fragte, ob das der Radfahrweg sei, auf dem die Radler dahinsausten, antwortete: Nein, nur die Kerle herumtreiben. Das dürfte aber leichter gesagt als getan sein, sintemalen wir nicht mehr in der Zeit des Faustrechts leben. Es gibt doch auch noch andere Mittel und Wege, den Radlern ein anständiges Fahren beizubringen.

* **Tödlicher Unfall.** Auf dem Rangierbahnhof in der Nähe der Diemitzer Brücke wurde gestern mittag ein 25jähriges Mädchen aus Wörmlitz, das mit Kohlenabladen beschäftigt war, von einer rangierenden Lore überfahren und total zermalmt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

* **Im Volkspark** findet morgen, Sonntag, nachmittag in dem prachtvollen Garten wiederum Freikonzert statt. Dabei wird echtes Spatenbräu verzapft werden. Die Genossen nebst Familien werden es sich nicht nehmen lassen, ihrem Heim die gebührende Achtung zu schenken und für recht zahlreichen Besuch desselben zu sorgen.

* **Aus dem Bureau des Apollotheaters.** Wohl selten ist hier so anhaltend und so herzlich gelacht worden als gegenwärtig im Apollotheater, woselbst die Burleske Haben Sie nichts zu verzollen? vor allabendlich dicht besetztem Hause in Szene geht. Morgen, Sonntag, finden bei günstiger Witterung in den schattigen Gartenanlagen von vorm. 11½ und nachmittags von 4 Uhr ab große Frei-Konzerte statt. Abends 8 Uhr gelangt die Novität Haben Sie nichts zu verzollen? zur Aufführung. Bemerkt sei, daß das Theater auch bei der jetzigen warmen Witterung einen kühlen angenehmen Aufenthalt bietet.

* **Zoologischer Garten.** Nur noch bis zum nächsten Dienstag wird Hagemanns Raubtierschule in unserm Garten verbleiben, wo sie nicht nur während der Vorstellungen sondern auch vormittags, wenn die noch nicht mitwirkenden Tiere, 2 Leoparden und ein Löwe eingewöhnt und angelernt werden, ein lebhaft interessiertes Publikum findet. Der Berg prangt zurzeit im schönsten Frühlingsschmuck, die Goldregenblüte hat soeben begonnen.

Aus den Nachbarkreisen.

Die Wilhelmshöhe ist der Arbeiterschaft entzogen worden.

Zeitz, 24. Mai. (E. B.) Dem Genossen Leopoldt ging am Donnerstag abend folgender Brief zu:

Herrn A. Leopoldt, Zeitz.

Nach reichlich und wohlüberlegtem Entschlusse und nach den bisher gehabten geschäftlichen Mißerfolgen infolge der sehr geringen Unterstützung von seiten der Partei und nachdem ich bis jetzt vergeblich auf die erhoffte Verbesserung des Geschäftsganges gewartet habe, kann ich meinen Saal zu politischen Zwecken nicht mehr zur Verfügung stellen.

Veranlassung dazu ist mir auch ferner das Verhalten der Partei einem hiesigen Saalbesitzer gegenüber, der erst in Kürze seinen Saal der Partei zur Verfügung gestellt hat und welcher jetzt in jeder Art und Weise unterstützt wird, indem ihm schon für eine Anzahl größerer Veranstaltungen die Zusage erteilt worden ist.

Persönlich kann ich mir keine Vorwürfe machen, die Partei in irgend einer Weise vernachlässigt oder mißachtet zu haben. Den größten und schönsten Saal haben Sie zur Verfügung gehabt und jetzt wird ein Lokal von Ihnen unterstützt, aus welchem Sie schon früher einmal ausgezogen sind, und werde ich dadurch in meinem Geschäft in ganz empfindlicher Weise geschädigt, da doch das bessere Publikum von Zeitz mein Lokal bis jetzt gemieden hat und ich nur auf den Besuch der Arbeiterschaft von Zeitz angewiesen war.

Ich bedaure, daß ich mich zu dieser Maßnahme gezwungen sehe, aber ich muß in erster Linie meine Existenz wahren, nachdem ich jetzt nachweislich schon größere Summen zugesetzt habe.

Eine Rückäußerung Ihrerseits entgegensehend, zeichnet

Hochachtungsvoll

Johannes Heinrich Heyde,
Schank Wilhelmshöhe.

Wir hatten eine solche Erklärung des Besitzers der Wilhelmshöhe vorausgesehen, denn seit einiger Zeit kursierte das Gerücht von der Saalentziehung. Ja, einem Genossen hatte der Büfettier jenes Lokals vor einigen Tagen ebenfalls die Andeutung gemacht, der Saal würde entzogen werden. Den Partei- oder den Gewerkschaftsleitern ist aber nicht das Geringste gesagt worden. Herr Heyde hat sich diesen gegenüber niemals ausgesprochen, sondern der obige Brief ist die erste und einzige Aeußerung. Demgemäß ist also niemanden unsererseits ein Vorwurf darüber zu machen, daß nicht Vorkehrungen getroffen sind, die Saalentziehung zu verhindern. Hätte Herr Heyde sich vorher zu den maßgebenden Personen ausgesprochen, so hätte sich vielleicht eine Einigung erzielen lassen. Herr Heyde hat aber den kürzeren Weg gewählt, er entzieht der Arbeiterschaft sein Lokal, er hofft auf „bessere" Gesellschaft. Das ist des Pudels Kern. Und nun wollen wir näher auf die Sache eingehen.

Als uns vor drei Jahren die Wilhelmshöhe zu Versammlungen gegeben wurde, da war der damalige Besitzer gewissermaßen dazu gezwungen. Das schon früher erhoffte „bessere Publikum" war ausgeblieben, es dominierte im Schützenhaus und im Preußischen Hof. Schon nach einem Vierteljahre des Bestehens der „Wilhelmshöhe" wurde uns privatim mitgeteilt, daß Herr Hornickel nicht abgeneigt sei, der Arbeiterschaft sein Lokal zu geben, wir reagierten darauf aber zuerst nicht, denn man läuft nicht mehr jedem Gerücht nach. Wir ließen noch eine längere Zeit verstreichen und als wir dann anfragten, erhielten wir sofort die Zusage, und man merkte es dem damaligen Wirt an, daß er froh war, die Arbeiterschaft zu bekommen. Aber schon damals haben wir mit Herrn Hornickel kein Abkommen getroffen, nun etwa alle Veranstaltungen bei ihm zu machen, im Gegenteil, die Arbeiterschaft hielt nach Belieben Versammlungen und Vergnügungen ab, und erst als damals der Preußische Hof der Arbeiterschaft verloren ging, wurden naturgemäß alle größeren Veranstaltungen in der Wilhelmshöhe gemacht. Immer aber in dieser Zeit bemühte sich die Arbeiterschaft, auch andere Säle zu bekommen, niemals hat sie erkennen lassen, daß ihr an einem Saal genügend sei.

So ist es auch geblieben, als Herr Heyde die „Wilhelmshöhe" übernahm. Auch ihm ist kein Vorwurfen darüber gegeben worden, daß bei ihm allein alle Veranstaltungen gemacht werden sollten. Herr Heyde hat auch niemals ein solches Ansinnen gestellt. Aber immerhin hat die Arbeiterschaft in der Wilhelmshöhe abgehalten, was sie abhalten konnte, genau so, wie sie das vorher auch getan hatte. Mehr konnte und sollte nicht gemacht werden, als gemacht wurde. Und in dem halben Jahre, in dem Herr Heyde nun die Wilhelmshöhe besitzt, ist das auch gerade genug gewesen. Alle Sonntage und womöglich noch in der Woche kann die Arbeiterschaft keine Vergnügungen treffen. Der Hinweis in dem Brief des Herrn Heyde, daß jetzt in der Bürgerverholung ebenfalls Veranstaltungen gemacht werden, ist deplaziert, da einmal mit Herrn Heyde keine Abmachungen getroffen sind, andererseits die Bürgerverholung aber auch erst so kurze Zeit für uns wieder frei ist, das von Veranstaltungen daselbst nicht viel gerechet werden kann. Außerdem aber ist es ganz selbstverständlich, daß die Lokale, die für die Arbeiterschaft frei werden, auch benutzt werden. Und wenn alle Lokale frei wären — wie das eigentlich sein müßte — so würde sich der Verkehr der Arbeiterschaft auf alle Lokale erstrecken. So ist die Anschauung der Arbeiterschaft zur Saalfrage. Die Arbeiter besuchen die Lokale, die frei sind, sie meiden dagegen die Lokale, die für Arbeiter nicht zu haben sind.

Weiter auf die Ausführungen des Herrn Heyde einzugehen, halten wir nicht für nötig. Wir wollen auch auf die Klagen nicht näher eingehen, die vielfach in bezug auf den Preis als auch über die Güte der in der Wilhelmshöhe gelieferten Waren einliefen. Unter der Leitung des Herrn Hornickel wurden die Waren gelobt. Ob also nicht auch hier eine Schuld dem jetzigen Inhaber beizumessen ist, wollen wir nicht näher untersuchen. Für uns liegt die Sache so, **daß Herr Heyde der Arbeiterschaft den Saal nicht mehr hergibt, daß also demnach die Arbeiter in der Wilhelmshöhe nichts mehr zu suchen haben.** Herr Heyde mag sehen, ob nun das „bessere Publikum" seine Wilhelmshöhe in Anspruch nehmen wird, wir glauben nur, daß das nicht geschehen wird und daß er demnach noch „größere Summen" zusetzen wird. Einige gegnerische Leutchens werden wohl kommen, wahrscheinlich die, die jetzt schon Herrn Heyde den Kopf warm gemacht haben mit dem angeblichen Besuch des „besseren Publikums", ob sie aber den Ausfall ersetzen werden, der durch das Fortbleiben der Arbeiter entsteht, bleibt abzuwarten.

Die Arbeiterschaft wird also die „Wilhelmshöhe" meiden, bis der Wirt — oder ein späterer — sich eines andern besonnen haben wird.

Ein deutscher Turner als Totschläger.

Kirchsteitz, 24. Mai. (E. B.) Zeitzer Neueste Nachrichten, Anzeiger, sämtliche Hallenschen und andere Blätter brachten zu dem Totschlag des Rosenberg die Bemerkung: „Rosenberg war Vorsitzender des sozialdemokratischen Turnvereins!" Nun stellten wir gestern bereits fest, daß Rosenberg nicht politisch organisiert war. Heute können wir mitteilen, daß er auch keiner Gewerkschaft angehörte. Einem Turnverein gehörte er an **und dieser Turnverein zählt zur Deutschen Turnerschaft!** Der Kirchsteitzer Verein kann es nicht einmal bertragen, wenn

Waschstoffe in unübertroffener Auswahl und zu anerkannt billigsten Preisen. **M. Schneider** Halle a. S., Leipzigerstr. 94.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070526-17/fragment/page=0006

man ihn als Arbeiterverein bezeichnet. Er will durchaus etwas „besseres" sein. Selbst in ihrer heutigen Morgenausgabe bringt die „vornehme" Allgemeine in Halle die genannte Behauptung wieder. Sie knüpft daran die Bemerkung, daß Rosenberg ein Rowdy erster Klasse sei, bezeichnet ihn als Totschläger u. s. w. Das edle Blatt gedachte dadurch den Mann, der natürlich Sozialdemokrat sein mußte, ganz besonders herunterzusetzen. Und nun kommt es heraus, daß Rosenberg einem echt deutschen Turnverein angehört! Uns liegt es fern, die Deutsche Turnerschaft für das Verbrechen eines ihrer Mitglieder verantwortlich zu machen, aber es ist bezeichnend, daß man von bürgerlicher Seite aus jede Schandtat der Arbeiterbewegung in die Schuhe schiebt.

Der Erstochene, Paul Funke, war ein guter Gewerkschaftler. Er wird von seinen Bekannten als sehr ruhiger verträglicher Mensch geschildert.

Ferner wird uns zu der Angelegenheit noch geschrieben: Der Mörder Ewald Rosenberg ist am Donnerstag morgen verhaftet worden. Er befand sich in der Nähe von Kirchsteitz und wollte angeblich sich selbst der Behörde stellen. Rosenberg ist bei der Schlägerei selbst verletzt worden, denn er hat sich in Droyßig durch einen Arzt verbinden lassen. Den tödlichen Stich will er in Notwehr ausgeübt haben, wie auch feststeht, daß in Döschwitz zwei Burschen ihn überfallen haben, die ihn verprügeln wollten.

Zu dem unendlich traurigen Vorkommnis schreibt der Anzeiger: „Die Tat zeigt wieder, was es für rohe Menschen gibt und wie dringend notwendig die Errichtung der längst beantragten Gendarmeriestation in Groitzschen ist." Die ganze Weisheit des Anzeigers besteht also in der Errichtung von Polizeistationen. Als ob Gendarmeriestationen oder Gendarmen überhaupt verhindern könnten, daß rohe Exzesse stattfinden. Wir haben Polizei und Gendarmen gerade zum Ueberfluß und doch finden Gewalttätigkeiten und ähnliche Sachen fast tagtäglich statt. Um Roheiten und Brutalitäten zu beseitigen, dazu bedarf es anderer wirksamerer Mittel, nicht aber Verstärkung der Polizei. Das wird freilich der Anzeiger nicht einsehen lernen.

Zeitz, 24. Mai. (Eig. Ber.) Sozialdemokratischer Verein. Am Dienstag, den 28. Mai, wird zum erstenmal der Verein eine Bezirksversammlung abhalten, wie sie von der letzten Mitgliederversammlung beschlossen wurde. Die Versammlung findet diesmal in der Stephanstraße statt im früheren St. Stephan. Auf der Tagesordnung steht ein freireligiöser Vortrag des Genossen Russel über: Religion und Fortschritt (in der Schule), ferner Diskussion und Verschiedenes. Hoffentlich kommen nun besonders die Mitglieder, die in der Unterstadt wohnen. Gäste und Frauen haben wie immer Zutritt. Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung findet Dienstag, den 4. Juni, bei Kämpfe statt.

Zeitz, 24. Mai. (E. B.) Harte Strafe. Der Arbeiter Otto Lebrecht von hier hatte durch gefälschte Wechsel den Glasermeister Richter veranlaßt, ihm zweimal Geld zu geben. Das Landgericht Naumburg verurteilte ihn wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu zwei Jahren Zuchthaus und 300 Mk. Geldstrafe ev. noch zu 20 Tagen Zuchthaus.

Zeitz, 24. Mai. (E. B.) Morgen, Sonntag, finden Versammlungen statt in Falkenhain bei Zipsendorf und in Teuchern. In Falkenhain ist der Saal zum erstenmal freigegeben. Hier sollte Genosse Thiele als Referent sprechen, da derselbe aber schon im Mansfeldischen fest zugesagt hatte, mußte Genosse Leopoldt an seiner Stelle sprechen. Dieser wiederum hatte nach Teuchern zugesagt, kann aber nun infolge der Versammlung in Falkenhain nicht kommen. An seiner Stelle wird Genosse Windau sprechen. Die Genossen in Teuchern sind unerhalten über den Wechsel, doch lassen sich die Dinge leider nicht anders einrichten. Jedenfalls wird sich in beiden Versammlungen kein Genosse und Arbeiter vom Besuch derselben abhalten lassen. Frauen haben in beiden Versammlungen Zutritt.

Naumburg, 24. Mai. (E. B.) Der Sozialdemokratische Verein hält nächsten Montag seine Versammlung im Adler ab. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung muß jedes Mitglied erscheinen.

„Er beißt auf Granit!"

Höhnstedt, 24. Mai. Eine interessante „Berichtigung" sendet man uns aus Höhnstedt. Sie lautet:

An die Redaktion des Volksblattes zu Halle a. S.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie um Berichtigung des Artikels „Die Penne der Arbeiter" von 9. Mai. Von meiner Seite ist der Ausdruck „Penne" als Bezeichnung des „Blumenbergschen Lokals" nicht gefallen. Auch habe ich keinen anständigen Gast mein Lokal verweigert! Auch hat Niemand zu einer Versammlung, betreffs Ihrer Angelegenheit, nach meinen Saale gefragt! Ich bitte dies den freundlichen Einsender unter die Nase zu reiben, derartige Unwahrheiten nicht einzusenden. „Er beißt auf Granit."

Mit der Bitte meine Erklärung, ohne jede Bemerkung Ihrerseits, recht klar und deutlich in Ihrem Blatte zu veröffentlichen zeichnet Hochachtend J. Kieser & Sohn.

Leider können wir dem Wunsche des Herrn Kieser, seine „Berichtigung" ohne jede Bemerkung abzudrucken, nicht nachkommen. Die „Berichtigung" berichtigt überhaupt nichts! Herr Kieser ist in der fraglichen Notiz nur indirekt genannt, als es sich um Verweigerung seines Lokales handelt. Alles andere bezieht sich auf seinen Sohn. Wir haben also gar keine Ursache, unserm „auf Granit beißenden" Berichterstatter irgend etwas „unter die Nase zu reiben"! Wenn Herr Kieser und Sohn sich auf den Schlamperparagraphen bezieht, so müssen wir ihm sagen, daß seine „Berichtigung" diesem Paragraphen nicht entspricht. Wir haben sie aber aufgenommen, weil — nun, weil sie so interessant ist.

Bitterfeld, 24. Mai. Kein Dielkohl. Zu der auch von uns gebrachten Notiz über den angeblichen Diebstahl eines auf den Namen Agnes Ahde in Horsdorf lautenden Sparkassenbuches wird mitgeteilt, daß es sich in diesem Falle durchaus nicht um einen Diebstahl handelte. Das Buch ist vielmehr von einem im Bureau des Rechtsanwalts Sommer angestellten 16jährigen Schreiber gefunden worden, welcher den gefundenen Gegenstand dem Bureauvorsteher Hermert sofort zur einstweiligen Verwahrung übergeben hat. Die Eigentümerin, welche nach dem Sparkassenbuche in Söllnitz wohnt, ist von dem Funde umgehend benachrichtigt worden.

Bitterfeld, 24. Mai. Eine blutige Schlägerei fand in vergangener Nacht auf der Preußischen Krone zwischen dem Oberschweizer Bangert und dem Ziegelmeister Bonsch statt. Dem ersteren stand auch noch der Kutscher Brenner bei. Beide wurden jedoch von Bonsch verprügelt. Bonsch soll der Street durch Bangert sein, der bei Ziegelmeister beleidigte. Die Sache wird jedenfalls noch die Gerichte beschäftigen.

Delitzsch, 24. Mai. (E. B.) Der Ausstand der Mühlenarbeiter dauern unverändert fort. Streikbrecher haben sich hier bisher drei gefunden. Dagegen wird vermutet, daß zwei Mühlen in der Umgegend von Halle Streikbrecher leisten. Die Hallischen Mühlenarbeiter mögen alle unterstützen.

Cuxhafen, 24. Mai. (E. B.) Maurerausstand. Heute legten sämtliche Maurer die Arbeit nieder. Gefordert werden 42 Pfennig Stundenlohn, bisher wurden 35 Pfennig gezahlt. Die Unternehmer hatten bei den Verhandlungen 37 Pfennig geboten, doch wurde dies Angebot von den Maurern abgelehnt. Bei den jetzt herrschenden hohen Preisen fast sämtlicher Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände ist die Forderung gewiß gerecht.

Bockwitz, 23. Mai. (E. B.) Risiko der Arbeit. Auf der benachbarten Grube Friedrich Wilhelm I. zu Kostebrau verunglückte ein polnischer Arbeiter dadurch, daß ihm ein Stempel an den Kopf flog, der ihm die Hirnschale zertrümmerte. Schwerverletzt wurde er nach dem Krankenhause in Kletwitz transportiert, wo er heute verstarb.

Heizer und Maschinisten seien gewarnt, nach den Bockwitzer Werken zu kommen. Es finden fortwährend Maßregelungen statt. Der Verband befaßt sich heute, Sonntag, mit Schritten gegen den Unternehmerübermut.

Uebergriffe von Polizeibeamten.

Erfurt, 24. Mai. Wieder einmal hat der Polizeisäbel Arbeit gehabt. Bei der Sistierung eines Arbeiters wurde dieser mit dem Säbel über den Kopf gehauen, so daß eine stark blutende Wunde entstand. Der betreffende Arbeiter berichtet dem Allg. Anzeiger folgendes:

Ich kam mit einigen Bekannten am dritten Feiertag nachmittags gegen ½2 Uhr von der Daberstädterstraße, wo wir in einer Brauerei Freibier bekommen hatten, in die Bahnhofstraße. An der Einmündung der Schmidstädterstraße wurde ich von einem Polizeisergeanten angehalten und beschuldigt, oben in der Nähe der Daberstädterstraße Kastanienblüten und -Zweige abgepflückt zu haben. Ich bestritt dies, da ich mich vollständig unschuldig fühlte. Hierauf fragte mich der Schutzmann, ob ich mich legitimieren könne, worauf ich erwiderte, seine Papiere bei mir zu haben. Ich wurde nun aufgefordert, mit auf die Wache zu gehen, wobei der Schutzmann mich am Rockärmel packte. Ich ersuchte ihn, mich loszulassen, da ich schon freiwillig mitgehen würde. Der Polizeisergeant ließ mich hierauf los, faßte mich aber bald wieder am Rockärmel und legte mir auf einmal einen Knebel um den Arm. An dieser Handhabe zog er mich, so daß ich am Handgelenk heftige Schmerzen verspürte. Ich bat ihn: „Lassen Sie mich los, mir stockt das Blut!" doch der Schutzmann drehte noch fester zu. Nun sagte ich: „Machen Sie doch das Ding los, ich kann ja nicht mehr laufen". Aber auch das half nichts. Inzwischen kam ein zweiter Schutzmann hinzu, der mir am andern Handgelenk ebenfalls einen solchen Knebel anlegte. Sie zogen nun beide an meinen Armen, und der Schmerz, den ich empfand, war so groß, daß ich nicht schnell genug mit fortkam und mich schleifen ließ. Hierbei habe ich, als ich die sich steigernden Schmerzen nicht mehr aushalten konnte, unwillkürlich nach der Hand des einen Schutzmannes gebissen. Unmittelbar darauf, wir waren nur noch ein Haus von der Wache des dritten Polizeireviers entfernt, bekam ich einen wuchtigen Säbelhieb über den Kopf, so daß mir auf der rechten Seite sofort das Blut herunterrann. Der betreffende Schutzmann holte noch zu einem zweiten Hieb aus, der jedoch von einem dritten Zuschauer mit der Hand aufgefangen wurde. Auf der Wache des dritten Reviers wurde ich am Kopfe, der inzwischen heftig blutete, von einem herbeigerufenen Arzt, Dr. Umpenbach, verbunden. Durch den Säbelhieb ist eine wohl bis auf den Schädelknochen reichende Wunde entstanden, außerdem ist mir das rechte Ohr zum Teil gespalten. Es ist nicht wahr, daß ich den Schutzmann mit meinem Spazierstock geschlagen habe. Dieser war mir, als der erste Polizeisergeant mich aufforderte, mitzugehen, alsbald abgenommen worden.

Der Polizeibericht weicht von dieser Wiedergabe nur unwesentlich ab! Der Verletzte, ein 21jähriger Schlosser Namens Schtering, ist eine kleine, schmächtige Figur, der sich gegen zwei bewaffnete „Schutz"leute nicht wehren konnte. — Dresden — Breslau — Nürnberg — Erfurt. Die Macht des Polizeisäbels wächst!

Apolda, 24. Mai. (E. B.) Eisenbahner-Tod. Von der Lokomotive des D-Zuges Nr. 6 stürzte der Lokomotivführer Kreutzburger aus Erfurt ab. Er stürzte auf die Schienen und spaltete sich den Schädel. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Wie sich „Feudale" amüsieren.

Jena, 24. Mai. Aeußerst wüst muß es in einem hiesigen Lokal zugegangen sein, wo Studenten ihr Saufgelage abhielten. Selbst bürgerliche Blätter, die sonst nur Entschuldigungen für die „goldene Jugend" haben, halten sich darüber auf und bringen folgenden Bericht: „Zu einem wüsten Auftritt kam es an einem Pfingsttage in einem hiesigen Hotel nach einer solennen studentischen Kneiperei, die auch eine Anzahl auswärtige Teilnehmer zählte. Die Wogen der Fidelitas müssen nach Vertilgung mancher echten Pulle recht hoch gegangen sein, denn neben sonstiger Allotria begannen einige Zecher plötzlich die Wände mit Gläsern zu bombardieren. Bei diesem kostspieligen Zeitvertreib allein scheint es aber nicht geblieben zu sein, denn der Inhaber des Hotels, in dem sonst der sogenannte gute Ton zu Hause ist, mußte höchst nachdrücklich um standesgemäßeres Betragen der Zecher bitten. Er predigte aber tauben Ohren, infolgedessen andere Saiten aufgezogen wurden. Einer der feudalen Herren mußte es sich wohl oder übel gefallen lassen, vom Hotelinhaber unter Assistenz des Hausknechts unsanft an die frische Luft befördert zu werden. Das tat tief bücken." Das muß wirklich „hoch" hergegangen sein.

Halberstadt, 24. Mai. Das Spiel mit Schußwaffen ist trotz aller Warnungen nicht aus der Welt zu schaffen. So hat sich am Dienstag in Heberstedt wieder ein schwerer Unglücksfall ereignet. Der 10 Jahre alte Sohn des Schlossers Schmidt fand auf dem Hausboden ein altes Gewehr, das dort schon mehrere Jahre unbenutzt herumlag. Er nahm es an sich, lud den Sohn auf und legte ein Zündplättchen, wie es zu Kinderpistolen gebraucht wird, auf das Zündloch. Dann legte er auf seine 13 Jahre alte Schwester an und soll dabei gerufen haben „Jetzt werde ich Dich totschießen". In diesem Augenblicke ging auch schon der Schuß los und das Mädchen sank von einer tiefen Schrotladung in die Schulter getroffen zu Boden. Es mußte in das Krankenhaus nach Halberstadt gebracht werden, stark aber bereits unterwegs. Der Bruder liegt von der Aufregung schwer krank zu Hause.

Der Zentralverband der Töpfer Deutschlands

hielt in voriger Woche in Berlin seine achte Generalversammlung ab, die von 56 Delegierten besucht war. Der Rechenschaftsbericht für die Jahre 1905/06 lag den Delegierten gedruckt vor. Danach hatte der Vorstand allein über 450 Lohnbewegungen die Entscheidung zu treffen. Von größerer Dimension waren die Kämpfe in Posen und Breslau. In Posen mußten die Kolleginnen 128 Tage lang im Ausstand verharren, um eine zehnprozentige Lohnerhöhung durchzusetzen, was ihnen auch gelungen gelang. Ein weiterer großer Kampf, der 77 Tage währte und der zu einer Generalaussperrung führte, mußte in Breslau durchgefochten werden. Auch er endete mit einem vollen Erfolge für die Arbeiter. Allerdings hatte er einen Kostenaufwand von 108 000 Mark verursacht. Im ganzen waren 198 Lohnkämpfe zu beleben, davon endeten 182 mit vollem und 8 mit teilweisem Erfolge, 7 verliefen erfolglos. Beteiligt waren hierin 10 970 Kolleginnen. Die Gesamtkosten der Streiks beliefen sich auf 256 000 Mark. Erreicht wurde für 7620 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 7434 Stunden und eine Erhöhung des Lohnes um 17 248 Mark pro Woche. Die Aufwendungen für Krankenunterstützungen betrugen in der Berichtszeit 70 500 Mark, gegenüber den beiden Vorjahren ein Mehr von 33 000 Mark. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1906 11 716, die Zahl der Zahlstellen 156. Außerdem existierten noch 49 Einzelmitgliedschaften. Vermehrt hat sich die Mitgliederzahl in den letzten beiden Jahren um 1113, die der Zahlstellen um 14. An Einnahmen erzielte der Verband im genannten Zeitraum 544 000 Mark, denen Ausgaben von 479 000 Mark gegenüberstanden. Den übernommenen Kassenbestand hinzugerechnet, verbleibt ein Bestand von 188 000 Mark. Eine lebhafte Debatte setzte ein bei der Beratung der Anträge, betr. Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Selbst der Hauptvorstand hält die Einführung dieses Unterstützungszweiges wegen der Verschiedenartigkeit im Berufe und wegen der ungewöhnlich hohen Beiträge, die erforderlich sein würden, gegenwärtig noch nicht für möglich. Außerdem stehe die Frage der Arbeitslosenunterstützung im engsten Zusammenhange mit der Frage der Verschmelzung. Die eifrigsten Befürworter der Arbeitslosenunterstützung sind die Vertreter der Ofensetzer, da diese am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen werden. Nach heftiger Redeschlacht erfolgte in namentlicher Abstimmung die Ablehnung der diesbezüglichen Anträge, und zwar mit 38 gegen 21 Stimmen. Die Verschmelzungsfrage ist in einer Konferenz der Vorstände der Töpfer und Porzellanarbeiter einen erheblichen Schritt nach vorwärts gebracht worden. Geplant ist die Gründung eines Verbandes der gesamten keramischen Industriearbeiter, dem sich außer den Töpfern und Porzellanarbeitern auch die Glasarbeiter anzuschließen hätten. Die ebenfalls angeregte Verschmelzung zu einem Verbande für das Baugewerbe hält man nicht für durchführbar. Ein Beschluß wird in dieser Sache nicht gefaßt. Interessante Einzelheiten förderte der Punkt Agitation und Organisation zutage. Lebhafte Klage wird namentlich über die Agitationsweise der „Christlichen" geführt. Einer der christlichen Organisationsleiter habe seinen Mitgliedern, die für einen bestimmten Betrieb eine Lohnaufbesserung wünschten, erklärt, er habe sich durch Einsichtnahme in die Geschäftsbücher des betreffenden Betriebes davon überzeugt, daß die Firma nicht mehr Lohn zahlen könne! In den keramischen Fabriken des Rheinlandes wirke der Schnapsgenuß den Organisationsbestrebungen recht fühlbar entgegen. In einer Fabrik hätten die Arbeiter den Schnaps frühmorgens gratis geliefert bekommen. Der Unternehmer habe aber das Allgemeinschädliche dieser „Vergünstigung" eingesehen, weshalb er sie abgeschafft, gleichzeitig aber auch die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde verfügt habe. Hierüber seien die Arbeiter so empört gewesen, daß sie am Ueblsten in den Streik getreten wären. Von mehreren Seiten wird die Anstellung besoldeter Gauleiter befürwortet. Ein Antrag, zunächst zwei Gauleiter probeweise als besoldet anzustellen, wird mit 33 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Doch wird der Vorstand beauftragt, der nächsten Generalversammlung bezüglich der Neueinteilung der Gaue und der Anstellung besoldeter Gauleiter eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Ein wichtiger Punkt war die angeregte Erhöhung der Beiträge. Beschlossen wird, sämtliche Wochenbeiträge um 5 Pf. zu erhöhen. Es betragen dieselben nunmehr — je nach Höhe des Verdienstes — 40, 50, 60 und 70 Pf. Der Wochenbeitrag erwerbsloser Mitglieder, der bisher 15 Pf. betrug, kommt in Wegfall. Ein Antrag, die Dauer der Krankenunterstützung von 11 auf 13 Wochen zu verlängern, wird abgelehnt. Auch die übrigen Unterstützungseinrichtungen werden unverändert beibehalten. Von mehreren Filialen war beantragt worden, die Gauleiter (die bekanntlich nicht besoldet werden), nicht mehr vom Hauptvorstande sondern von den Gauleitern wählen zu lassen. Auch diese Anträge werden mit 26 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Bei Agitationsreisen usw. wird für die Gauleiter ein Diätensatz von 5 Mk. — ausschließlich des entgangenen Arbeitsverdienstes — beschlossen. Die Generalversammlungen werden in Zukunft nur noch alle drei Jahre stattfinden. Im Falle der zuletzt vorkommenden Verschmelzung aber soll die nächste Generalversammlung wiederum in zwei Jahren stattfinden. Zum nächsten Gewerkschaftskongreß werden Drunsel, Segaine, Schmitt-Berlin und Beier-Dresden gewählt. Die bisherigen vier besoldeten Vorstandsmitglieder werden einstimmig wiedergewählt. Mit einer entsprechenden Würdigung der Arbeiten des Verbandstages wurden hierauf die Verhandlungen geschlossen.

Etwas übers Frauenstimmrecht.

I.

K. In Belgien sind einige namhafte Führer Gegner des Frauenstimmrechts. Sie sind es nicht aus grundsätzlichen sondern aus Zweckmäßigkeitsrücksichten. Sie sagen sich: nehme noch wie die Männer sind heute in ihrer Mehrzahl die Frauen geistig und politisch rückständig, zahlreiche Frauen, deren Männer sozialdemokratisch wählen, würden, geleitet von ihrem Unverstand, und mehr noch durch den Einfluß der Kirche, den reaktionären Parteien ihre Stimme geben; die Macht der Arbeiter- und Volksvereine würde durch die Verleihung des Stimmrechts an die Frauen gestärkt, die Sozialdemokratie dagegen in ihrem Einfluß geschwächt und der Arbeitersache damit ein großer Schaden zugefügt werden. Besser, es bleibt bei dem Wahlrecht der Männer; was für die Frauen geschehen kann, das wird ohnedies die Sozialdemokratie tun, um so erfolgreicher, je größer ihre Macht ist.

Die Genossen, die diesen Standpunkt einnehmen, sind besonnen genug, um sich ihrer Gründe und Folgerungen bewußt zu sein und Sozialdemokraten genug, um nicht anders wie das Beste der Partei im Auge zu haben. Und doch ist ihre Auffassung bezüglich des Frauenstimmrechts verkehrt. Sie sehen nur die nächsten Wirkungen, die allerdings, das sei zugegeben, der Sozialdemokratie wohl nicht ganz gelen dienen und die namentlich in einem Lande mit junger und wenig gefestigter Bewegung unsere Sache zunächst recht empfindlichen Schaden zufügen würden — um so mehr, je größer der Einfluß der Kirche ist, dem leider die Frauen besonders leicht zugänglich sind. Aber man begreife eines nicht: jeder geistige Fortschritt, jede politische Freiheit hat bisher noch zunächst der Reaktion genützt. Als nach der Erfindung der Buchdruckerkunst ein begeisterter Freiheitsmann ein Pfäffleim fragte: „Was macht ihr denn nun?", da antwortete der Mann der Finsternis: „Wir drucken auch!" — Und die heute hat die Reaktion recht weidlich von Gutenbergs Erfindung profitiert. Genau so ist es bei uns auch mit dem allgemeinen Wahlrecht. Von Bismarck aus reaktionären Gründen geschaffen, hat es zunächst auch nur den reaktionären Parteien geholfen, diese können heute auch noch bewirken, daß die reaktionäre aller Parteien das Zentrum, unter den bürgerlichen Parteien als die verläßlichste Partei bezüglich des Wahlrechtes gelten kann. Aber das allgemeine Wahlrecht hat auch in Deutschland die Sozialdemokratie, wenn nicht geschaffen, so doch mächtig fördern helfen — trotzdem ein so entschiedener Volks- und Freiheitsfreund wie Bebel im Jahre 1865 sich gegen das allgemeine Wahlrecht aussprach, weil die Arbeiter noch nicht reif genug dazu seien.

Was Bebel damals als Mitglied des Arbeiterbildungsvereins in Leipzig sagte, stimmte. Gewiß waren damals die Arbeiter in ihrer weitaus großen Mehrheit politisch noch durchaus ungebildet, aber das dürfte kein Grund sein, ihnen das Wahlrecht vorzuenthalten, denn gerade das allgemeine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070526-17/fragment/page=0007

Wahlrecht ist das beste, ja das einzige Mittel, den politischen Unbildung abzuhelfen. Es zwingt die Massen, sich mit der Politik zu beschäftigen, und mögen auch zunächst Volksfeinde und Volksverführer sie in ihr Netz ziehen, das selbständige Denken, das Klassenbewußtsein, bleibt nicht aus, es wird durch die Beschäftigung mit der Politik geweckt und gestärkt. Nur, wer ins Wasser geht, lernt schwimmen, und nur wem man das Wahlrecht gibt, lernt es brauchen.

Es scheint, daß die bürgerlichen Parteien in dieser Beziehung mehr von der Geschichte gelernt haben, als diejenigen unserer Genossen, die das Frauenwahlrecht aus Zweckmäßigkeitsgründen glauben ablehnen zu müssen. Man darf überzeugt sein, wenn die bürgerlichen Parteien, die doch alles daran setzen, die Sozialdemokratie zurückzudrängen, sich in dieser Hinsicht eine ihren Zwecken günstigere Wirkung von der Einführung des Frauenwahlrechtes versprächen, sie sich beeilen würden, es einzuführen. Aber ihre ablehnende Haltung beweist uns, daß sie auf die Dauer nichts Gutes von der politischen Mündigmachung der weiblichen Hälfte der Bevölkerung erwarten. Das Zentrum, das bei seiner Bundesgenossenschaft mit der Kirche, der immer noch erfolgreichsten Leiterin der Frauenseele, doch von dem Frauenstimmrecht den größten Nutzen hätte, beeilt sich durchaus nicht, die Frau ins politische Kampffeld zu führen. Gewiß hat auch der Klerikalismus Stellung zur Frauenfrage nehmen müssen; der Grundsatz: Die Frau gehört ins Haus, gilt auch im katholischen Lager nicht mehr in seiner ausschließlichen Bedeutung. Die Teilnahme der Frau am gewerblichen Leben ist eine Tatsache, und der Klerikalismus muß dieser Tatsache Rechnung tragen, indem er wenigstens die sozialpolitische und gewerkschaftliche Betätigung der Frau zuläßt. Aber von der politischen Gleichberechtigung der Frau will das Zentrum nichts wissen, darüber haben die Redner zur Frauenfrage auf dem Essener Katholikentage keinen Zweifel gelassen. Und wenn das Zentrum, was ja bei der Wandlungsfähigkeit dieser Partei nicht ausgeschlossen ist, dennoch sich dereinst zum Frauenwahlrecht bekennen würde, dann nur erst, wenn alle seine Hilfsmittel zur Fesselung der Massen ihre Wirkung eingebüßt hätten — eine letzte Verzweiflungstat sozusagen, mit mehr Grauen als Behagen unternommen.

In der Tat, es ist klar, daß der Einzug der Frau ins politische Leben dieses auf eine bisher ungekannte Höhe der Lebhaftigkeit heben würde. Jeden Fortschritt in dieser Beziehung müssen wir begrüßen, am allerweisten wir Deutschen, denen das politische Blut gar langsam durch die Adern rollt und denen durch die langen Gesetzgebungs-Perioden im Reichstag, durch die kümmerlichen Wahlrechte in den Einzelländern immerhin die Gelegenheit, aus der Ruhe zu kommen, wohl spärlich zugemessen ist. Die Frau politisch mündig erklären, heißt, die Politik im Hause, in der Familie heimisch machen und sie zu einem Erziehungsmittel für das heranwachsende Geschlecht gestalten. Der Wettbewerb um die Stimmen der Frauen nötigt die Parteien zu Zugeständnissen sozialistischer Art, und ohne sich in dieser Beziehung übertreiben Hoffnungen hinzugeben, darf man doch erwarten, daß der Arbeiterschutz, die Wohnungsfrage, das Gesundheitswesen usw. durch den Eintritt der Frau ins politische Leben einen wirksamen Antrieb erhalten. Mögen auch die Ergebnisse der Neuerung zunächst den bürgerlichen Parteien zugute kommen, auf die Dauer ist der Erfolg bei der Sozialdemokratie. Die Zweckmäßigkeits-Erwägungen, die ins Feld geführt werden, sind kleinlicher Art. Wer den Blick über Augenblickswirkungen zu erheben vermag, der wird gerade aus Nützlichkeitsgründen als Sozialdemokrat überzeugter Anhänger des Frauenstimmrechts sein müssen.

Aus dem Reiche.

München. Laura Marholm-Hanson, die bedeutende Schriftstellerin, wurde vor ungefähr zwei Jahren, weil sie in materieller Bedrängnis „Bettelbriefe an hochstehende Personen" geschrieben und sich auch sonst „als unheilbare Querulantin" gezeigt habe, von der Münchener Polizei gegen ihren und ihres Mannes, des Schriftstellers Olaf Hanson, Willen der Irrenanstalt zur Beobachtung ihres Geisteszustandes überwiesen. Auch wurde ein Entmündigungsverfahren gegen sie anhängig gemacht. Nach sehr langer Frist hat nun endlich das Gericht das Entmündigungsverfahren gegen die unglückliche Frau eingestellt.

Versammlungsberichte.

Holzarbeiter. In der Mitgliederversammlung am 18. Mai gab Kollege Schnabel den Situationsbericht über den Stand der Aussperrung. Danach haben ein Teil Kollegen am Donnerstag und Freitag die Arbeit aufgenommen und ein anderer Teil wird am nächsten Feiertage folgen. Nur bei den Firmen Pianofortefabrik von Ritter, Königstraße, Kroppenstedt, Märkerstraße, Bethmann, Gr. Steinstraße, und Fuchs, Jakobstraße, kann die Wiederaufnahme der Arbeit nicht erfolgen. Vor allen Dingen ist es erstere Firma, welche die verwegensten Abmachungen nicht für sich als bindend anerkennen will. Die Kollegen haben deshalb einstimmig beschlossen, die Arbeit nicht aufzunehmen. Weiter wurde beschlossen, zu Pfingsten an die Ausgesperrten eine Extra-Unterstützung von fünf Mark zu zahlen. In die Schlichtungskommission wurden die Kollegen Schnabel, Beuster und Karl Heine gewählt. Als Stellvertreter die Kollegen Karl Richter und Heinr. Schröter. (23. 5.)

Letzte Nachrichten.

Straßburg, 25. Mai. Entgegen der Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus, daß die Ruhe im Streikgebiet des Lothringer Erzreviers durch Belästigungen von Arbeitswilligen gestört worden sei, stellt die Lothr. Volksstimme fest, daß bisher keine einzige mit dem Streik in Verbindung stehende Ausschreitung zu verzeichnen war. Der Ausstand hat mit vorgestern sowohl im Ornetal wie im Fentschtal bedeutend zugenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Fröhlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Auskunftsstelle der Gewerkschaften zu Zeitz.

Die Auskunftsstelle in allen gewerblichen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten über Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung, Mietsfragen, Dienstboten-Angelegenheiten usw. befindet sich in der Bismarckstraße 14 I und ist geöffnet Montags, Mittwochs und Freitags von 5—7 Uhr nachmittags.

Pollak's Möbel

anerkannt **beste Ausführung** und **unübertroffene Preiswürdigkeit.**

Verkaufs- und Ausstellungsräume: **Brüderstrasse 12,** part., I., II., III. und IV. Etage.

Sportwagen 2.50 gr. Ausw. 6.50 4.75

Kinderwagen 19.95 mod. Façons 18.50 13.50

Reisekörbe 2.95 Ia. Fabrikate

Rucksäcke 1.25 95 42 Pf.

M. Bär, Gr. Ulrichstrasse 54.

Rabattmarken auf alle Waren.

Bruchleidenden

empfehle meine kaum fühlbaren, Tag und Nacht tragbaren Gürtelbruchbänder

Extrabequem und Dr. med. Wagners Pelotte Monopol

unerreicht an Zartheit und Elastizität.

Zahlreiche Anerkennungsschreiben. **Leib- und Vorfallbinden, Geradehalter, Gummistrümpfe.**

Mein langjähriger erfahrener Vertreter ist wieder mit Mustern anwesend in Halle: **Donnerstag d. 30., Freitag d. 31. Mai u. Sonnabend d. 1. Juni 9—5 Uhr Hotel Stadt Bernburg, Franckstr.**

L. Bogisch, Bandagenfabrik, Stuttgart, Schwabstr.

Anzüge und Paletots

von 5 M. Anzahlung an

Abzahlung nach Uebereinkunft.

Meinen Kunden vergüte ich als Ersatz für Sparmarken sofort beim Einkauf 5 % Rabatt.

Auf Damen-Konfektion jetzt 10 %

Grosse Auswahl Kinder- u. Sportwagen, Möbel- u. Polsterwaren, Uhren, Bilder, mit kleiner Anzahlung.

Kredithaus **Merkur** Halle a. S., Gr. Steinstr. 81 I. Et.

Damen- Jacketts, Blusen, Mäntel, Kostüme Anzahlung 2 bis 5 Mark.

— Abzahlung nach Uebereinkunft. —

Zeitz. Sozialdemokratischer Verein. Zeitz.

Dienstag, den 28. Mai, abends 8½ Uhr in der „Erholung", Stephanstr. 35 (früher H. Stephan)

Bezirks-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Religion und Fortschritt (in der Schule). Ref.: Gen. Karl Byssel-Leipzig. 2. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind besonders die Mitglieder der Unterstadt eingeladen.

Gäste und Frauen haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Achtung! Merseburg. Achtung!

Funkenburg.

Sonntag den 26. Mai cr.

Strczlewitz-Konzert.

Nach dem Konzert BALL.

Anfang 8 Uhr abends.

Es ladet ergebenst ein **Das Gewerkschafts-Kartell.**

„Schloss Freiimfelde"

am Schlachthof.

Sonntag den 26. Mai:

Grosses Frei-Konzert.

Hierzu ladet freundlichst ein **Karl Glaser.**

Restaurations-Uebernahme.

Einer werten Arbeiterschaft und Genossen zur gefl. Kenntnis, daß ich das

Restaurant „Zur fröhlichen Wiederkehr",

Kreusenstraße 27 Halle Kreusenstraße 27,

übernommen habe. Indem ich versichere, für gute Bewirtung, vorzügliche Speisen und Getränke Sorge tragen zu wollen, bitte ich, mich in meinem neuen Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Hochachtend **Otto Werner u. Frau.**

NB.: Zwei Vereinszimmer stehen zur gefl. Benutzung.

Stieglitze, Zeisige, Kanarienvögel, überh. alle Singvögel nehm. m. Vorliebe m. Singtut., denn e. enthält i. d. Tat alle Stimmereien, wie sie d. Vögel n. d. Freiheit finden. — Probepaket 10 Pf.

Otto Kramer, Drogen- und Farben-Handlung, gegenüber d. Glauchaischen Kirche.

1 gut melkende Ziege, 2 jähr., zu verk. Laubenweg 14 im Hof.

Fahrrad gebr. a. Marie, f. 40 M. z. v. Gr. Wallstr. 28, p.

Wechselkurnier verl. Glauchaerstraße 79. Friseur.

Gesund zu werden u. zu bleiben. Ein Wegweiser, wie wir leben müssen. Von Minna Kube. Preis 1 Mk. Preis 1 Mk. Volksbuchhandlung.

Ein wahrer Schlag für alle durch jugendliche Verirrungen Erkrankte ist das berühmte Werk **Dr. Retau's Selbstbewahrung** 64. verb. Aufl. Mit 27 Abbild. Preis 6 Mk. Lesen Jeder, der an den Folgen solcher Laster leidet. Zu beziehen durch das Verlags-Magazin in Leipzig, Neumarkt 27, u. durch jede Buchhandlung.

Dudens Wörterbuch

Preis 1.65 Mk.

Zu beziehen durch

Volksbuchhandlung.

Heute nachmittag 6½ Uhr starb nach langem Leiden mein lieber Sohn, unser guter Vater, Bruder, Schwieger- u. Großvater, der Zigarrenmacher

August Langisch

was hiermit Freunden u. Bekannten tiefbetrübt anzeigen

Zeitz d. 24. Mai 1907.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag nachmittags 4½ Uhr vom Trauerhause **Poleerstraße 16** aus statt.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 23. Mai.

Aufgeboten: Installateur Rulf und Frieda Nannefeld (Osnabrück und Liebenauerstr. 15). Straßenbahnschaffner Anilitsch und Marie Franzad (Halle und Oschersleben). Klempner Moiert und Anna Hesse (Halle und Großostheim). Goldarbeiter Sieburg u. Lucie Bomke (Saalfeld und Halle). Telegr.-Bauführer Buhlmann u. Martha von Siegroth (Hettstedt und Altenburg).

Eheschließungen: Bankier Spier und Anna Bonnem (Ziegenhain und Magdeburgerstraße 63). Ingenieur Bolle u. und Klara Dietrich (Halberstädt. Straße 5 und Gr. Steinstr. 49).

Geboren: Schlosser Gottschalk S. (Delitzscherstraße 7a). Kupferschmied Wolff S. (Bernhardstr. 7a). Schneider Beyer S. (Meckelstraße 7). Gastwirt Werner T. (Kreusenstraße 27).

Gestorben: Stellmachers Filer T., 2 J. (Wünnerhöhe 6). Hilfsschaffners Reichert S., 2 Woch. (Reideburgerstraße 6). Straßenbahnschaffners Krause S., 1 J. (Kaffinerstraße 3). Arbeiters Schmidt S., 3 Mon. (Gr. Klausstraße 12). Pauline Kaubl 42 J. Martha Seyfarth, 16 J. (Elisabeth-Krankenhaus). Schiffers Richter S., 6 Mon. (Klinik).

24. Mai.

Aufgeboten: Bauführer Hoffmann u. Klara Albrecht (Kassel-Rothenditmold) und Zwingerstraße 17). Schneider Pitschke und Anna Beyer (Augustastraße 11). Buchbinder Karge und Gertrud Beckmann (Königsgarterstraße 12). Maurer Hete und Emma Friedrich (Erbsen- u. Osmünde). Lehrer Schierz und Gertrud Engberg (Bottschappel und Colditz). Arbeiter Klostermann u. Luise Friedrich (Halle und Friedeburg a. S.)

Geboren: Metalldreh. Hennig S. (Klinik). Restaurateur Scheyge T. (Magdeburgerstr. 66). Postassistenten Hesse S. (Landsbergerstr. 62). Fabrikanten Meisel S. (Landsbergerstr. 10). Eisendreher Steinbach S. (Ludwigstraße 46). Kastellan Thiering S. (Holzplatz 6). Maurer Schack T. (Kanstein str. 10). Maler Trebesius T. (Gr. Märkerstr. 17). Hufschmied Herms S. (Marienstraße 9).

Gestorben: Tischlers Ulrich S., 8 Mon. (Brunoswarte 33). Arbeiters Sachse T., 10 Jahre (Klinik). Witwe Ohme geb. Derpsch, 67 J. (Klinik). Tischlers Weiß T., 8 Mon. (Gr. Sandberg 9).

Halle-Nord, Burgstr. 38, 23. Mai.

Aufgeboten: Kaufm. Heinrich u. Frieda Schwenzer (Beniettenstraße 20 und Bismarckstraße 22). Bureaubeamte Kräft und Marie Friedrich (Lessingstraße 5 und Brandenburgerstraße 8).

Eheschließung: Bahnwärter Wenzel und Berta Heyer geb. Erhardt (Köckstedt und Harbenbergstraße 40).

Geboren: Rangierer Thurm S. (Gr. Brunnenstr. 50). Wek. Fuchs S. (Fleischerstr. 30).

Gestorben: Rosa Lange 18 J. (Körnerstraße 34). Malers Kolwig S., 9 Mon. (Karlstr. 22). Geschirrführers Gräger T., totgeboren (Gr. Wallstr. 42).

24. Mai.

Aufgeboten: Landwirt Fiedler und Franziska Knorr (Borbau und Heinrichstr. 8). Buchhändler Schröck und Charlotte Simon (Nordhausen u. Rich. Wagnerstraße 22).

Eheschließung: Privatlehrer Hobohm u. Anna Engels (Fritz Reuterstraße 1 u. Mühlweg 31).

Geboren: Klempner Wengel S. (Körnerstraße 2). Gepr. Heilgehilfen Rosenbaum T. (Richard Wagnerstr. 36). Staatsanwaltschafts-Assistent Lampe T. (Göthestraße 28).

Gestorben: Hausbesitzer Bellowgen. Schmidt, 40 J. (Am Kirchtor 26). Arbeiter Wienicke und Brachmann, 15 J. (Diakonissenhaus). Privatmann Bestlier, 75 J. (Wittenbergerstraße 88).

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070526-17/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 120. Halle a. S., Sonntag den 26. Mai 1907. 18. Jahrg.

Soziales.

— **Vom Schullehrer-Elend.** Die Lehrersfrau Berta Schwochow hatte sich wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I, Berlin, zu verantworten. Der Ehemann der Angeschuldigten ist Lehrer in einem kleinen Orte in Thüringen und bezieht ein Gehalt von 88 Mark monatlich. Vor etwa zwei Jahren hatte S. geheiratet, dabei aber seiner Frau verschwiegen, daß er etwa 1000 Mark Schulden hatte. Diese stammten noch aus einer Zeit, als er noch ein monatliches Gehalt von 55 Mark und einigen Pfennigen hatte. Als der erste Wechsel über einen größeren Betrag präsentiert wurde, gab es die erste Wolke am ehelichen Himmel der damals noch Jungverheirateten. Herr S. verstand es jedoch, seinen Hauptschuldner, einen Schuhmachermeister Andersohn, zu immer wiederholten Prolongationen des Wechsels zu bewegen, so daß sich die Bezahlung der Schuld etwa zwei Jahre hinzögerte. Im Januar dieses Jahres verstarb der Hauptschuldner des S., so daß der Wechsel am 22. Januar fällig wurde, während er sonst nochmals prolongiert worden wäre. Schwochow befand sich somit in einer sehr unangenehmen Situation. Seine Ehefrau versprach, auf irgend eine Weise Geld zu verschaffen und reiste nach Berlin, um sich hier von einer vermögenden Cousine ein Darlehn von 2000 Mark zu verschaffen. Wider Erwarten schlug diese die Bitte der Angeklagten rundweg ab. Um nun ihrem Ehemann die Stellung zu erhalten und die drohende Zwangsvollstreckung zu vermeiden, ließ sich die Angeschuldigte zu einer Tat hinreißen, die ihr die jetzige Anklage eintrachte. Sie bat ihre Cousine, ihr ihre genaue „Adresse" aufzuschreiben, damit sie ihr hin und wieder eine Ansichtskarte aus dem schönen Thüringen schicken könne. Mit dieser Adresse ging die Angeklagte nach der Filiale der Deutschen Bank und ließ sich dort ein Quittungsformular geben. Auf diesem fälschte sie die Unterschrift ihrer Cousine, wobei sie die Adresse als Vorlage benutzte, und hob dann die Summe von 2000 Mark ab. Von den 2000 Mark wurden 700 Mark zur Bezahlung des Wechsels, 600 Mark zur Tilgung anderer Schulden und 300 Mark zur Begleichung kleinerer Schulden bei verschiedenen Kaufleuten verwendet. Der Rest von 400 Mark wurde nach Entdeckung der Fälschung noch vorgefunden und beschlagnahmt. — Vor Gericht war die Angeklagte unter Tränen geständig. Der Staatsanwalt beantragte, da es sich doch um ein höheres Objekt handele, eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. — Rechtsanwalt Bahn plädierte auf Zubilligung mildernder Umstände. Das Gericht ließ auch Milde walten und erkannte auf nur vier Wochen Gefängnis.

— **Die Aufhebung der reglementierten Prostitution in Finnland.** Der finnische Senat hat beschlossen und bekannt gegeben, daß die in einer Anzahl Städte Finnlands bestehende Reglementierung der Prostitution mit der Einschreibung und regelmäßigen Untersuchung der Prostituierten aufgehoben werden soll, und daß die gur Bekämpfung venerischer Krankheiten notwendigen Maßnahmen und Instruktionen darauf unmittelbar durchgeführt werden, wobei vor allem die Gesundheitsbehörden in dieser Hinsicht mit den Angelegenheiten betraut werden, die in jenen Städten bisher zu den Obliegenheiten der Polizei gehörten. — Mit diesem Senatsbeschluß wird Finnland das dritte der nordischen Länder, das die reglementierte Prostitution abschafft. In Norwegen ist die reglementierte Prostitution bekanntlich schon seit einer Reihe von Jahren beseitigt, in Dänemark seit dem vorigen Jahre.

Gewerkschaftliches.

Die Aussperrung in Berlin. Genaue Zahlen festzustellen, war bisher noch nicht möglich. Die Unternehmer behaupten, daß 28000 bis 29000 Arbeiter ausgesperrt seien. Beim Zentralverband der Maurer zählt man jedoch nur 5036 Ausgesperrte und Streikende, bei den Zimmerern 1200 und bei den Bauhilfsarbeitern 3000. Die freien Vereinigungen (Lokalisten) zählen zusammen 1630 Ausgesperrte und 397 Arbeitslose. Die Herren Unternehmer haben also den Mund etwas sehr voll genommen.

Die Seeleute streiken auch in Bremerhafen. Bis Dienstag soll die Abfertigung der Lloyddampfer noch gesichert sein.

Bauarbeiteraussperrung in Gera. Die Arbeitgeber im Baugewerbe haben das auf Grund des Spruches des Schiedsgerichts gemachte Angebot eines Höchstlohns von 45 Pfg. pro Stunde zur Zahlung vom 18. d. Mts. ab in letzter Stunde abgelehnt. Die Aussperrung der organisierten Arbeiter im Baugewerbe erfolgt auf einstimmigen Beschluß der Arbeitgeber am heutigen Sonnabend.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 24. Mai.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Zacke; Ankläger: Staatsanwalt Alsleben.

Noch eine Entscheidung zur Straßenreinigungspflicht. Ein Hausbesitzer war vor dem Schöffengericht angeklagt worden, weil er am 13. Februar bis 5 Uhr nachmittags die Straße vor seiner Tür nicht gekehrt hatte. Das Schöffengericht hatte auf Grund einer Landgerichtsentscheidung, nach der für Halle eine observanzmäßige Pflicht zum Reinigen nicht besteht, auf Freisprechung des Angeklagten erkannt. Hiergegen hatte der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Der Staatsanwalt wies nun darauf hin, daß es nicht gelungen sei, den Nachweis zu erbringen, daß eine Observanz zum Reinigen besteht, und nahm die vom Amtsanwalt eingelegte Berufung zurück. Das Gericht stimmte zu und es bleibt somit bei der Freisprechung.

Verbotwidrig Heilmittel verkauft hatten zwei Drogenhändler von hier, die deshalb vom Schöffengericht mit kleinen Geldstrafen belegt worden waren. Sie hatten Eisenpräparate verkauft, deren Vertrieb nur den Apothekern zustehen soll. Die Sachverständigen vertraten den Standpunkt, alle Präparate, die Eisen enthalten, sind Heilmittel. Die Angeklagten und ihr Verteidiger hingegen behaupteten, sie hätten kein Heilmittel sondern nur Nähr- und Kräftigungsmittel verkauft. Das Gericht kam aber zur Verwerfung der Berufung der Angeklagten.

Unklare Polizeiverordnung. Ein Geschirrführer von Schkeuditz war vom dortigen Schöffengericht mit einer Mark bestraft worden, weil er in der Nacht vom 15. Februar ohne brennende Laterne gefahren war. Da in der fraglichen Polizeiverordnung nur davon die Rede ist, daß die Laterne am Fuhrwerk angebracht sein muß und nicht besonders zum Ausdruck gebracht worden ist, ob die Laterne am Pferde oder am Wagen befestigt sein muß, kam das Berufungsgericht zur Aufhebung des Urteils erster Instanz und zur Freisprechung des Geschirrführers.

Ueberweisungen an die Landespolizeibehörde. Ein älteres Freudenmädchen, das so nebenbei verheiratet ist, wurde, weil es die Kontrollvorschriften außer acht gelassen hat, mit sechs Wochen Haft und Ueberweisung bestraft. — Ebenfalls mit der Ueberweisung belegt wurden ein Arzt, der nicht für seine Familie sorgt, und ein Arbeiter, der wiederholt gebettelt hat.

Schöffengericht.

Eine wichtige Entscheidung für Inhaber von Privatheilanstalten fällte das Gericht in der Sache einer Speisewirtin, die wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung angeklagt war. Die Frau hatte ihren Gästen zu den Mahlzeiten auf Wunsch eine Tasse Kaffee, ein Blondchen usw. verabreicht und soll dadurch gesündigt haben, weil sie keine Schankkonzession hat. Es wurde wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen der Schankkonzession auf eine Geldstrafe von zehn Mark erkannt.

Bäcker- und Zuckerwaren. Ein Kaufmann, der in mehreren Geschäften Konditor- Back- und Zuckerwaren feilhält, soll gegen den Achtuhrladenschluß und gegen die Bestimmungen der Sonntagsruhe verstoßen haben, weil er über die festgesetzte Zeit hinaus Waren verkaufte. Er behauptet nun, sein Geschäft falle unter die ausgenehmenen Bestimmungen für das Bäckergewerbe. Die Verhandlung wurde behufs Vernehmung von Sachverständigen vertagt.

Gegen das Wandergewerbe verstoßen haben sollte ein Kaufmann und sein Kutscher von hier. Der Kaufmann soll auf den Dörfern um Halle rund 2000 Kunden haben, worüber bei seinen Krämerkollegen eine große Mißstimmung besteht. Er schickt seinen Kutscher mit verschiedenen Kolonialwaren, wie Kaffee, Zucker, Kakao, Schokolade usw. mit einem Wagen aufs Land und läßt nachfragen, ob etwas gefällig ist. Die Landleute kaufen. Die Angeklagten behaupteten nun aber, die Waren wären von den Landleuten vorher bestellt gewesen. Einige Zeugen befunden aber das Gegenteil mit dem Hinweise, der Kutscher habe sich mit der Anpreisung seiner Waren sehr aufdringlich gemacht. Das Gericht kam daher zur Verurteilung der beiden Angeklagten zu je 90 Mark Geldstrafe ev. acht Tagen Haft.

Einen Brillantring im Werte von 500 Mark und kleine Geldbeträge aus der Ladenkasse sowie aus der Privatkasse soll ein Dienstmädchen einem hiesigen Kaufmann weggenommen haben. Das Mädchen gab zu, die Geldbeträge genommen zu haben, stellte aber die Entwendung des Ringes in Abrede. Einem Polizeibeamten hatte die Angeklagte aber in der Vorunterrichtung eingestandt, den Brillantring genommen zu haben. Sie will das Geständnis aber nur unter Drohungen des Beamten, der ihr angekündigt habe, sie einsperren zu müssen, abgelegt haben. Beantragt wurden drei Monate und eine Woche Gefängnis. Das Gericht erachtete aber den Fall mit dem Ring als nicht ausreichend aufgeklärt und verurteilte die Angeklagte wegen der Geldentwendungen zu zehn Tagen Gefängnis.

Sonntags-Plauderei.

An die
Redaktion des Volksblattes
Hier.

Halle a. S., den 25. Mai 1907.

Sehr geehrte Redaktion!

Damit Sie nicht etwa denken, daß ich den Kampf mit Ihnen aufgegeben habe, ergreife ich die Feder, um Ihnen wieder einmal die Zeilen zu lesen. Es tut wirklich not, daß eine Stimme aus dem honetten Bürgertum in Ihrem Schandblatte zur Geltung kommt, damit Ihre unzeitgemäße und verkehrte Tätigkeit auch wieder etwas Aufsehenerregendes und Verdächtiges zu Gesicht bekommt. Auch wird es höchste Zeit, daß an dieser Stelle anstatt der albernen Bibelauslegungen, gottesfürchtigen Schaffsnatur-Predigten und öden Reisetexten des Herrn Biebermeier mit dem meichen ei ein geistig und journalistisch wertvoller Artikel Platz findet. Denn an derartigen Artikeln ist bei Ihnen wirklich Mangel. Ich kann Ihnen da als nachahmenswertes Muster eine Zeitung empfehlen, die vor einiger Zeit in meine Hände kam und die heilbem mit zu meiner täglichen Lektüre gehört. Ich meine die in Wiesbaden erscheinende **Mittelrheinische Volkszeitung**, das Organ der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Es sind das, nebenbei bemerkt, die mir und allen aufsinnigen und fortschrittlichen Bürgern sympathischsten Organisationen, denn ihre Mitglieder sind nicht so sehr, intellektuelle und geistesmäßige Patrone wie Ihre Gesinnungsfreunde, sondern brave, pflichtbewußte, fleißige und bescheidene Leute, die den Unternehmern keine Schwierigkeiten machen und keine maßlosen und persönlichen Forderungen stellen. Um aber auf die Mittelrheinische Volkszeitung zurückzukommen, so kann ich Ihnen nur sagen, daß neben Redakteur, **Christian Lechner** heißt der gesinnte Eisenmann, gerade das Muster eines gewandten Journalisten ist, der in eine Großstadt gehört, aber nicht in ein so spießiges Nest wie Wiesbaden. In dem, was belangt Christian Lechner, steckt Geist, viel Geist, sehr viel Geist, man kann sagen, daß in jeder Nummer seines Blattes der Geist Kriemeyer zur Geltung kommt. Und dann hat der Mann einen Stil, eine Schreibweise! Großartig gewandt. Da ist jede Redewendung so fein geschliffen, wirkt prononciert und von einem Ton des Ausdrucks, daß Ihre Schreibweise sich einmal so nimm, kurzig und gemein erscheinen muß, als sie an sich schon ist. Und dann, was dieser Musterredakteur Christian an vorteilhaften von Ihnen unterscheidet, das ist seine Bescheidenheit. Der Mann ist gewohnt an Kritiken der Wahrheit. Ich glaube, der Mann würde lieber sterben, ehe er eine Lüge, eine Unaufrichtigkeit oder eine böswillige Verdächtigung aus seiner Feder fließen ließe. Er hat sich offenbar die ernst gemeinte Kampfesweise des Reichsverbandes, der Sie in Ihrer Infamien niederträchtigsten Weise den Reichsfeindverband nennen, zum Vorbild genommen. Ich kann Ihnen nur raten, nehmen Sie sich den Wiesbadener Christian zum Muster, es wird Ihrer Bildung, Ihrem Stil und Ihren Wahrheitsgefühl nur zum Vorteil gereichen. Die einzige und gründliche Gattung seines Blattes wird Sie von Ihren „Sauiedention" Kutscher, in dem Sie sich unterscheiden. Wie gesagt, mir ist die Lektüre der Mittelrheinischen Volkszeitung genommen, und ich werde sie im Kreise meiner Bekannten angelegentlichst empfehlen, denn dieser Christian ist ein Mann, wie ihn das aufsinnige, geistliche und bestimmte Bürgertum wünscht, das Sie so gern als das Bierspießbürgertum bezeichnen.

Meine Begeisterung für den Mittelrheinischen Christian hat mich von dem eigentlichen Zwecke meines heutigen Schreibens abgebracht. Ich will Ihnen nämlich mitteilen, daß ich diese Zeilen mitten aus meinen Vorbereitungen zu meiner ersten Frühlings- und Bubenzeile heraus schreibe. Das mag Ihnen beweisen, daß ich meine erzieherische Mission an Ihrer Leserschaft sehr ernst nehme. Obgleich ich den Kopf wegen des Empfangs, Gebrüdjebens und wegen sonstiger geschäftlicher Erledigungen voll habe, obgleich alle Minuten meine Frau ganz aufgeregt und aufgeblüht an meinem Schreibtisch gerannt kommt und fragt, ob sie dieses oder jenes Kleid nehmen soll, setze ich mich hin und schreibe diese ernstmahnende Epistel an Sie. Das muß doch Anerkennung genannt werden! Und daran sind Sie daran schuld, daß ich dieses Jahr so früh ins Bad gehe. Jawohl Sie! Hätten Sie die Mauer, Zimmerleute und Bauarbeiter nicht so gewissenlos in den Streik gehetzt, so wäre ich noch in Halle geblieben. Ich hätte mich um den Bau meiner Villa kümmern können und hätte auch gerade in diesem Jahre, denn das hohen Zinsfußes für Baugelder, an Beleihung solcher und an Hypotheken einen schönen Pfennig Geld verdienen können. Aber Sie aus Gefindel verderben einem das ganze Geschäft. Nun, wir können es ja ausstehen, wir sind's ja und wir haben's ja! Und was unsere anständigen und gutsituierten Maurermeister sind, die werden der freudenen Zeitungsgesellschaft schon die Zähne zeigen. Und außerdem ist ja unsere brave und tüchtige Polizei auf dem Posten, um der Freiheit und Menschenwürdigen der verlorenen Streik früher energisch entgegenzutreten. Die Herren Oberpolizeiinspektor Wendemann und Polizeiinspektor Lossow sind ja selbst Hausbesitzer, haben in Bauangelegenheiten praktische Erfahrungen gemacht und werden die Interessen der landwirtschaftlichen und bauenden Bürger schon wahrnehmen. Sie werden ja infolgedessen auch nur zu diesem Zwecke von uns bezahlt. Ihre Hauptaufgabe ist, gegen die begehrlichen und aufsässigen Arbeiter nur recht energisch vorzugehen. Es schadet auch gar nichts, wenn die Menge mal aus der Schelle fährt. So ein frischer Knüppel tut der roten Gesellschaft mal recht gut. Zu meiner Freude sind die heutigen anständigen Bürger ganz meiner Meinung. Auch der beliebte Bürger und an den guten altvaterlichen Traditionen festhaltende Teil der Bauunternehmer aller Kategorien ist nicht gut auf das Streikgesindel zu sprechen. Und mit Recht. Zufrieden will das treue Arbeiterpersonal genau so gestellt sein wie die Beamten. Wo blieben da der Sonntagsunterschied und das Sonntagsvergnügen. Es war nur wirklich eine Herzensfreude, als in Anzahl einem braven Oberbetriebsrat in gerechten Zorne die Worte äußern hörte: Das Maurerpaß sollte überhaupt keine Arbeit mehr bekommen. Die Bauer müßte verhungern, da sie jedes Jahr das Maul aufreißen. Hoffentlich gibt es recht viele solcher Beamten, die sich ihrer Schuldigkeit über das Arbeiterpaß bewußt sind.

Doch zurück zu meiner Badereise. Ich will Ihnen auch verraten, wo ich hin will. Ich fahre mit meiner Gattin nach Wiesbaden, dem schönen Wiesbaden, wo nur lauter Seine Majestät weilt. Dort ist ein prachtvolles Kurhaus eingerichtet worden, in dem man sich von den Kriegern über das unlieiche Streikgesindel erzählen kann. Ich bin gar nicht eingenommen, ich nicht interessiert eine Frühlingsaktion feiern soll, wenn Tausende von Arbeitern aus purer Faulheit und Unverschämtheit dazu machen und die schöne Maiblust gestören. Wenn diese Sorte sich Frühlingsfeiern gestatten, können wir es ja recht tun. Vor allem aber es mir aber nach Wiesbaden, weil es vor einem guten Kurhaus gibt. Ich will es mit Recht aus dem Menu, das bei der Kurhausgesellschaft untergegeben und garantiert werde. Ich kann das Menu hier an, damit das wahre Arbeiterpaß sieht, wie oft und sprichwörtlich das aufsinnige Bürgertum seinen Lebensgenuß zu gestalten weiß. Das Menu lautet:

Klare Schildkröten-Suppe,
1906er Hattenheimer,
Seezungenschnitten nach Walewska,
1906er Nieroberger, Kreuz, Stadt Wiesbaden, bestes Faß,
Englischer Hammelrücken nach Richelieu,
1906er Marcobrunner, Kreuz, Aug. Kirchhaus,
Rouennaiser Enten nach Marcel Robert,
1906er Rüdesheimer Berg,
Feldher Stangenspargel mit Maltaiser Tunke,
1906er Steiner Sonnenberg,
Kreuz Frischer Langwerth von Simmern,
Hamburger Stubenkücken im Topf,
Salat und Dampfobst,
Bingert u. Komp. „Grün Cuvée",
Kuchen-Bombe,
Konfekt u. Komp. „Trocken",
Käse und Butter,
Kupferberg u. Komp. „Gold",
Obst,
Matheus Müller „Eltar",
Rauchfrei,
Schultheiß u. Komp. „Rheingold",
Kaffee,
Liköre.

Das Wasser läuft mir im Munde zusammen, wenn ich an die Herrlichkeiten denke, die mir in Wiesbaden bevorstehen. Das Arbeiterpaß, das sein in Kaffee verdienten Geld und die Streikgesinnen in Stiefeln und leeren Gruben verschlägt und in Kuhl verbraucht, kann leben, wie anständige Leute von Bildung und Besitz zu leben pflegen. Warum sollen wir aber Menschen, die ihr Geld nicht einmal auf eine anständige Art zu verzehren wissen, noch mehr Lohn zahlen, oder die an sich schon lange Arbeitszeit, in der sie nicht schon genug gefaulenzt wird, noch mehr verkürzen? Gibt's ja gar nicht!

Eine wahre und aufrichtige Freude habe ich bei allem Vergnügen über den Streik dadurch empfunden, daß Ihr Volksblatt auch einmal zu leiden hatte. Das hat auch bei allen meinen Bekannten ein wahres Entzücken hervorgerufen. Wie hält doch die einmal am eigenen Leibe die Peitsche Eurer Hetzerei kennen gelernt. Jetzt wird ja an Euer Zentral-Sanitätsamt weiter gearbeitet, aber Euch ist ganz recht geschehen. Ja ging das Ding ganz fetzig werden. Das ungeheuere Arbeiterpaß wird schon dafür sorgen, daß die Zentral-Sanitätsamt nach ihrer Fertigkeitslehre gründlich einmal wird. Denn das Volk verlangt sich doch nicht zu benehmen. Der schöne Streik und die lustige Einrichtung ihn werden unter den derbigen Hämmern der roten Arbeiter und den Dumpfoden umgesogenen Arbeitsverweigerungen bald ein verlottertes Aussehen bekommen. Denn Ihr könnt den Leuten ja gar nichts sagen. Auf Grund Euer abdünstigen demokratischen Gumbalage werden ja Euch entgegenhalten: „Ihr habt uns gar nichts zu sagen! Das ist unser Bauer! Das gehört uns auch! Da können wir machen, was wir wollen. Hier brauchen wir uns nicht zu schonen!" Und was verlorenen schöne Dinge mehr sind. Er wird Euch dann ganz recht geschehen, denn Ihr seid nur, was Ihr gesät habt. Ich und manches andere freuen sich schon darauf, daß Euer „schöner Volkspaß" wie eine verbrannte Ruine aussehen wird.

Doch meine Zeit ist knapp. Die Kaffee müssen gekocht werden. Ich will mir meine Nettigkeiten durch Euch roten Gesindel nicht vergallen lassen. Darum Schluß.

In vorzüglicher Hochachtung

Ernst Bock, Rentier.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070526-17/fragment/page=0009

Schlägerei. Als ein junger Kaufmann eines Tages mit seinem Hunde in einem Restaurant saß, sagte ein Arbeiter zu ihm: „Sie, ist das Ihr schöner Hund." Der Kaufmann entgegnete: „Ne Sie." Hieraus entwickelte sich ein erbitterter Wortwechsel, bei dem der Kaufmann zu dem Arbeiter schließlich Ochse sagte und der Beschimpfte dem Unhöflichen mit der Faust auf die Nase schlug. Der Arbeiter wurde in der Abwehr wieder geschlagen; es floß Blut und die Folge davon war, daß noch ein zweiter Arbeiter für seinen Kameraden Partei ergriff. Der Kaufmann wurde von beiden nochmals mißhandelt. Dafür wurde der eine Täter zu zwei Monaten Gefängnis, der andere zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Briefkasten der Redaktion.

E. T. in W. Nach § 95 der Gewerbeordnung ist der Gesellenausschuß zur Regelung des Lehrlingswesens und zu den Gesellenprüfungen hinzuzuziehen. Beschwerde wegen unterlassener Zuziehung ist beim Magistrat anzubringen.

G. R. in Tr. Wenn Sie keinen Mietstaler erhalten haben und nicht als Knecht engagiert worden sind, unterstehen Sie nicht der Gesindeordnung, sondern der Gewerbeordnung und durften, da nichts anderes vereinbart war, nach vierzehn Tagen den Dienst verlassen. Unterrichten Sie uns über den Erfolg Ihres Einspruchs.

Berlin. Einer neuen Klage bedarf es nicht, sondern nur des bei Gericht zu stellenden Antrags auf Erneuerung des Pfändungsbeschlusses.

A. M. in H. Ihre Frau hat sich durch Unterschrift zur Abnahme der Nähmaschine verpflichtet und muß deshalb auch die Maschine nehmen. Sie dagegen sind nicht zur Zahlung verpflichtet. Nur auf das Eigentum Ihrer Frau dürfte sich die Pfändung erstrecken, wenn eine solche vorgenommen wird. Die Unterschrift der Frau gilt, auch wenn der Mann keine Kenntnis davon hat. Nur ist eben der Mann nicht mit verantwortlich, wenn er nicht mit unterschrieben hat. Die nach Abgabe der Unterschrift erfolgte Erklärung des Weisenden, die Frau brauche die Maschine nicht zu nehmen, wenn der Mann nicht einverstanden sei, ist nicht rechtsverbindlich.

K. K. in W. Wenn Sie selbst zugeben müssen, daß den Geschirrführer keine Schuld trifft, ist weder dieser noch der Besitzer des Geschirrs verantwortlich und haftpflichtig, sondern lediglich die Person, der die Aufsicht über das Kind anvertraut war.

Aus dem Reiche.

Bonn. Ein Schutzmann wurde in Haft genommen, der an einer wegen Diebstahls verhafteten Frau sich unsittlich vergangen hatte.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Fröhlich in Halle.

Es ist vielfach noch unbekannt, daß MAGGIs altbewährte Suppenwürze fast bei jedem Kaufmann in leere MAGGI-Fläschchen **billiger nachgefüllt** werden kann.

Man lasse MAGGIs Würze nur in Maggi's Originalfläschchen nachfüllen.

	Nr. 0	Nr. 1	Nr. 2	Nr. 3	Nr. 4
Originalfläschchen:	35 Pf.	65 Pf.	M. 1.10	M. 1.80	M. 3.20
nachgefüllt:	25 „	45 „	„ 0.70	„ 1.40	„ 2.75

123 Rassepferde 123 — 200 Personen 200

Nur kurze Zeit!

Zirkus Schumann,

Roßplatz. Halle. Roßplatz.

Sonnabend d. 25. Mai, abds. 8½ Uhr

Grosse **Gala-Eröffnungs-Vorstellung** mit einem Riesen-Sensations-Weltstadt-Programm.

Besonders zu erwähnen: **Direktor Schumann** mit seinen von der gesamten in- und ausländischen Presse als einzig dastehend bezeichneten Freiheits- u. Schul-Dressuren.

Herr Ernst Schumann mit seiner Engl. Vollblutstute „Adres". Avis! Eine gleiche oder auch nur annähernd ähnliche Schuldressur wurde in Halle noch nicht gezeigt. Einzig dastehend!

Mlle. Feodora, Frankreichs beste Schulreiterin.

Mr. Madigan, Salto-mortale auf galoppier. Pferde. | Miss Hadwin, Unvergleichliche Panneau-Reiterin | Mr. Ernesto und Willy Dopp.-Jockey-Akt.

Mr. Bastien und sein Sohn. Die einzig auf der Welt existierenden Akrobaten zu Pferde.

Mr. Nelson, bester Hoch- und Weitspringer der Gegenwart. | Miss Nany, Cowboy-Voltige.

Miss Claire Gontard in ihren unübertroffenen Leistungen auf dem Telephon-Draht.

Mr. Sieard der kleinste „Dumme August" der Welt. | Mr. Brick and Brock die unverwüstlichen Vagabunden. | Miss Mary Bügel-Voltige.

(7 Personen 2 Damen und 5 Herren) **THE JACOPI FAMILY** (7 Personen 2 Damen und 5 Herren) Part.-Akrobat. u. kar. Spiele.

METZONI, der Dümmste aller Dummen als „Jockey-Parodist".

Grosses Ballett-Divertissement.

Die Clowns: Baptisto, Bohlmann, Werner, William etc.

Das Programm jeder Vorstellung besteht aus 16 der besten Nummern des Repertoires und wechselt jeden Tag.

Eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung Konzert, ausgeführt von der eigenen Zirkus-Kapelle.

Sonntags und Mittwochs:

2 Grosse Vorstellungen.

Nachmittags 4 Uhr und abends 8½ Uhr.

Das Programm der Nachmittags-Vorstellung ist ebenso reichhaltig wie dasjenige der Abend-Vorstellung. Kinder unter 12 Jahren zahlen zu den Nachmittags-Vorstellungen halbe Preise auf allen Sitzplätzen.

Preise der Plätze: Logensitz nummeriert Mk. 3.—, Sperrsitz nummeriert Mk. 2.—, I. Platz Mk. 1.50, II. Platz Mk. 1.—, Galerie 50 Pfg. Das Bureau im Zirkus ist geöffnet von 11 bis 1 Uhr; an Tagen, an welchen 2 Vorstellungen stattfinden von 11 Uhr ununterbrochen.

Vorverkauf in der Stadt bis abends 6 Uhr für alle Plätze im Zigarrengeschäft Krüger & Oberbeck, Große Ulrichstraße, Ecke Große Steinstraße 1—2 Telefon 951.

Von und nach dem Zirkus: Straßenbahnen nach allen Richtungen.

Mückenberger Biere

werden der Einwohnerschaft des Ländchens aufs angelegentlichste empfohlen.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Peller.

Sonntag den 26. Mai, bei günstiger Witterung: Vormittags 11½ und nachmittags 4 Uhr:

2 gr. populäre Garten-Konzerte.

Entree frei! Entree frei!

Abends 8 Uhr: Gr. Abendvorstellung.

Gastspiel des „Hamburger Metropol-Theaters". Direktor: Kraus-Ewald.

Haben Sie nichts zu verzollen?

Exzentr. Burleske aus dem Französisch. in 3 Bildern von M. Hennequin u. Pierre Veber. Deutsch v. M. Schönau.

Allabendlich: Mit **beispiellosem Lacherfolg!**

Zu dem am Sonntag d. 26. Mai nachmittags 3 Uhr auf der Halleschen Rennbahn an der Merseburger Chaussee stattfindenden

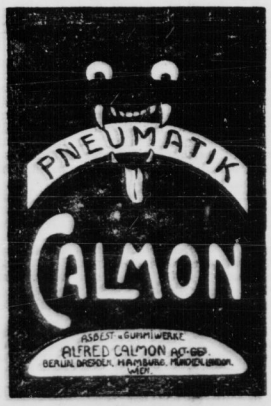
gr. Rad- u. Motorrennen

sind

Einlasskarten

im Vorverkauf zu bedeutend ermässigten Preisen zu haben in den Zigarrenhandlungen der Herren W. Georgi, Leipzigerstrasse 66, B. Wiesner, Gr. Ulrichstrasse 51, J. Heise, Bernburgerstrasse 16, R. Hoffrichter, Ludwig Wuchererstrasse, Ecke Gütchenstrasse, Johannes Rothe, Ludwig Wuchererstrasse, Ecke Viktor Scheffelstr., A. Schulenburg, Merseburgerstrasse 161, Steinbrecher & Jasper, Leipzigerstrasse 2, M. Stoye, Riebeckplatz; in den Fahrradhandlungen P. Hagemann, Gommergasse 2, M. Prüfer, Gr. Märkerstrasse, W. Münster, Marktplatz 24 sowie bei den Herren M. Rettwiesner, Alter Markt 8, R. Böhme, Pfännerröhe 42 und M. Deickmann, Mansfelderstrasse 12.

Inhaber von Sattelplatz-Innenraum- und L. Platz-Karten haben zu dem am Donnerstag beginnenden Training freien Eintritt.



Um die Vorteile der neuen, im In- und Ausland gesetzlich geschützt., auf den Ausstellungen Wien im Dezember 1906, Paris im Mai 1907 und Rom im Mai 1907 mit höchst. Auszeichnungen prämiierten Dresdener

„Triumph-Methode"

mehr bekannt werden zu lassen, beginnt am 1. Juni ein gratis-Abend-Kursus f. Maßnehmen, Schnittzeichnen u. Zuschneiden. Anmeldungen erbitte bald, da nur eine bestimmte Anzahl Schülerinnen angenommen werden kann.

Frau **Berta Linke,**
Akademisches Lehr-Atelier für feine Damenschneiderei, Große Ulrichstraße 65 II.

I. Hall. Versicher. geg. Ungeziefer.
Johannes Meyer, Hochstr. 11.

Vertilgung von Ungeziefer unter Garantie. Zahlung nach Erfolg.

Louis Böker,

7 Leipzigerstrasse 7.

Billigste Bezugsquelle für

Glas, Porzellan, Steingut etc.

Dresdner Felsenkeller-Biere

sind

malzreich, wohlschmeckend und gut bekömmlich.

Glück

ist macht ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und blendend schöner Teint. Alles dies erzeugt die echte

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

v. Bergmann & Co., Radebeul mit Schutzmarke: Steckenpferd. à St. 50 Pf. bei: Heinbold & Co., Ernst Jentzsch, Fritz Müller, F. A. Patz, M. Waltgott Nachf., Gr. Ulrichstr. 80.

Elegante Kleidersekretäre

27 Mk., Bettkow 35 M., Schreibtische 36 M., Sofas 47 M., Stühle, Bettstellen, Matratzen zu verkf. K. Bieler, Albrechtstr. 39.

Zoolog. Garten.

Nur kurze Zeit!

Havemann's Raubtierschule.

Löwen, Tiger, Leoparden, Bären — 10 ausgewachsene Prachtexemplare.

Vorstellungen nachm. 4 u. 6 Uhr.

Eintrittspreise nicht erhöht!

Stuhlplätze: Erwachs. 20 Pf. Kinder 10 Pf.

Dienstag den 28. Mai **Leipzier Tag!**

Sonntag den 26. Mai: **2 Grosse Konzerte**

Anfang nachmittags 4 Uhr bezw. abends 7½ Uhr.

Eintrittspreise: Erwachs. 50 Pf. Kinder 30 Pf. Von abends 7 Uhr ab pro Person 30 Pfg.

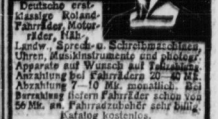
Gr. Gelegenheitskauf neuer Möbel.

Vertikows nußb. fourn.	48 M
Kleiderschränke „ „	48 „
Stegtische „ „	18 „
Walzenstühle „ „	5 „
gr. Pfeilerspiegel	15 „
Taschensofa mit Wollplüschseinfassung	58 „
Plüschgarnitur	110 „
eleg. geschnitzte Büffetts	150 „
Schreibtische m. Butzenscheiben	55 „

Ganze Wohnungs-Einrichtungen v. 200 bis 5000 Mk. in grosser Auswahl am Lager.

Friedrich Peileke,
Telephon 2450. — Geiststr. 25.

Leder-
::: Handlung :::
Karl Müller
Leipzigerstr. 66.



Deutsche erstklassige Roland-Fahrräder, Kolonialräder, Hab-, Landw., Sprech- u. Schreibmaschinen, Uhren, Musikinstrumente und photogr. Apparate auf Wunsch auf Teilzahlung. Abzahlung bei Fahrrädern 20—30 Mk. Abzahlung 7—10 Mk. monatlich. Bei Barzahlung bisher Fahrräder schon von 56 Mk. an. Fahrradzubehör sehr billig. Katalog kostenlos.

Roland-Maschinen-Gesellschaft in Cöln 165

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070526-17/fragment/page=0010